Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 150. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 29. März 1865.**

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

29. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (28. März).

Eröffnung um 10¼ Uhr. Am Ministertisch Graf Itzenplitz und vier Reg.-Commissare. Die Tribünen sind mäßig besetzt.

Vor der Tagesordnung bringt der Handelsminister einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Sportel- und Stempelfreiheit für die gemeinnützige Bau-Gesellschaft zu Königsberg i. Pr., in das Haus; der Entwurf wird an die Finanz-Commission verwiesen.

Abg. Dr. Kosch macht darauf aufmerksam, daß der auf den 13. d. M. angesetzte Termin des ostpreußischen Tribunals zu Königsberg gegen den Abg. Dr. Möller wegen Preßvergehens trotz der vom Hause der Abgeordneten am 10. d. M. beschlossenen Sistirung des Verfahrens dennoch stattgefunden und nur auf Antrag des Ober-Staatsanwalts vom Gerichtshofe aufgehoben ist. Der Redner verliest den bezüglichen Artikel der „Königsberger Hartungschen Zeitung", bedauert die Abwesenheit des Justizministers und verlangt Aufklärung und eine harte Rüge für den, der die Schuld der Versäumniß trägt.

Präsident Grabow beweist, daß die Schuld an ihm nicht liegt. Das Schreiben des Präsidiums an das Staatsministerium, welches Mittheilung von dem Beschluß des Hauses vom 10. d. M. machte, ist demselben rechtzeitig insinuirt worden, wie eine vom Geh. Kanzleirath Happel vorgenommene protocollarische Vernehmung des Boten beweist. Das Schreiben ist 10 Minuten nach der Einhändigung an den Boten am Tage des Beschlusses an den Portier des Staatsministeriums übergeben worden.

Der Herr Handelsminister wünscht, daß dem leider abwesenden Justizminister die Erklärung über die Angelegenheit vorbehalten bleibe. Abg. Dr. Möller bedauert, daß das Haus ohne sein Vorwissen mit seiner persönlichen Angelegenheit belästigt worden sei, zumal er brieflich in Erfahrung gebracht habe, daß die Weisung des Herrn Justizministers, den Termin aufzuheben, wenn auch etwas verspätet, in Königsberg eingetroffen sei. Er bittet das Haus, über die Sache zur Tagesordnung zu gehn. — Das Haus läßt sie auf sich beruhen, und tritt in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand der präjudizielle Antrag des Abg. Michaelis ist: die Berathung der Eisenbahnvorlagen bis nach dem Zustandekommen des Budget-Gesetzes auszusetzen. Für den abwesenden Antragsteller hat die Motivirung des Antrages einer der Mitunterzeichner desselben, der Abg. Klotz, übernommen.

Abg. Klotz: Einer budgetlosen Regierung gegenüber steht es dem Hause nicht zu, den Credit des Landes anzuspannen und Verpflichtungen zu übernehmen, welche aus den laufenden Einnahmen nicht gedeckt werden, während das Recht des Hauses bei der Feststellung des Etats entscheidend mitzuwirken verkümmert und bestritten wird. Anlehen und Zinsgarantien stehn für diese Frage ganz gleich. In beiden Fällen soll durch Special-Credite der Regierung nachgeholfen werden, während eventuell der Etat nicht zu Stande kommt und der Regierung eine verfassungsmäßige Autorisation für die Gesammt-Ausgaben nicht gegeben ist. Solche Special-Credite würden unser Budgetrecht auflösen, auch wenn sie für sogenannte productive Zwecke verlangt werden, die im Interesse einzelner Landestheile liegen. Ihre Gewährung würde das Recht und das Heil des Landes im Ganzen und Großen schädigen. (Zustimmung.) Freilich wird aus unserer Ablehnung Propaganda gegen uns gemacht werden. Man wird sagen: das Haus stützt sich auf sein formales Recht und läßt darüber die materiellen Interessen zu Grunde gehen. Aber die Sache liegt gerade umgekehrt, und wir sind gern bereit, jedem Landestheile seine Vortheile zuzuwenden lediglich unter der Bedingung, daß der Etat zu Stande kommt. Nach den Verhandlungen der letzten 14 Tage muß es klar gestellt sein, daß die Regierung, wenn sie den Etat zu Stande kommen lassen will, mit der Landesvertretung cooperiren muß. Im anderen Falle würde die Verantwortlichkeit für geschädigte Interessen der Regierung zufallen.

Abg. Wagener (gegen den präjud. Antrag): M. H.! Der geehrte Abg. für Saarbrücken hat schon sehr oft der conserv. Partei Fehde erklärt, aber nie mit größerem Eclat, als gestern, und es thut mir leid, daß ich gestern nicht Gelegenheit hatte, ihm zu antworten. Wir wissen ihn als einen entschlossenen, frischen und fröhlichen Feind sehr zu schätzen, und halten auch die Consequenzen, die der geehrte Redner zog, von seinem Standpunkte aus für ganz correct, freilich können wir aber seinen Standpunkt selbst nicht als den richtigen anerkennen. Im Uebrigen nehmen wir an dem häuslichen Zwist, der sich in Folge des Antrages des Herrn Michaelis in den Reihen der Fortschrittspartei zeigte, nicht ein materielles, sondern nur pathologisches Interesse. — M. H.! Bei dem Standpunkt, den Sie gestern eingenommen haben, vorausgesetzt, daß Sie entschlossen sind, ihn festzuhalten, ist es natürlich keine Frage, daß Sie dem Antrage des Herrn Michaelis ihre Zustimmung geben werden. Ich will Sie auch nur daran erinnern, daß Sie durch Ihre Beschlüsse wiederum das Zustandekommen eines Budgetgesetzes verhindern. Wie sie den Staatshaushalts-Etat durch ihre Beschlüsse umformen wollen, dazu wird das Herrenhaus nie seine Zustimmung geben, sondern ihn im Großen und Ganzen verwerfen. Die Regierung wird dann wieder in der Lage sein, selbstständig entscheiden zu müssen, was sie im Interesse des Landes an guten und nützlichen Ausgaben zu leisten habe. — M. H.! Wenn Sie den Antrag des Herrn Michaelis annehmen, so leisten Sie damit Verzicht auf die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Functionen, und die Regierung wird nicht umhin können, auch bei diesen nothwendigen Ausgaben so zu verfahren, wie bei den Ausgaben für die Militärorganisation.

Sich selbst bringen Sie also in die Lage, etwas zu beschließen, was nach Ihren eigenen Voraussetzungen doch unwirksam ist, oder etwas abzulehnen, was Sie im Interesse der materiellen Lage des Landes annehmen sollten. Täuschen Sie sich auch nicht mit der Hoffnung, daß die Ablehnung solcher Vorlagen im Lande verstanden werden, daß die heroische und principielle Auslassung, welche in dieser Ablehnung gesehen werden soll, eine große Genugthuung hervorrufen wird. Wenn Sie auf den ähnlichen Beschluß des vereinigten Landtags verweisen, so bedenken Sie doch, daß die Zeiten seitdem sich sehr geändert haben, daß man sich damals in den Flitterwochen des Constitutionalismus befand, in denen man von solchem Vorgehen alles Mögliche erwarten konnte. Jetzt aber, — sehen Sie nur um sich, jetzt werden Sie finden, daß man im Lande und auch bei Ihren eigenen Freunden es nicht billigen dürfte, wenn diese Eisenbahnvorlagen um der bloßen principiellen Consequenz willen in unbestimmte Ferne gerückt werden. Wenn der Antrag des Hrn. Michaelis angenommen wird, so handelt es sich doch nicht um eine Vertagung von sechs Monaten, sondern um eine Zurücklegung so lange, als überhaupt der gegenwärtige Conflict sich hinziehen wird. Ich glaube, daß dabei die Gemüthlichkeit ihrer Hintermänner aufhören wird. — M. H.! Durch Annahme der sechs Anträge Ihrer Commission und des Zusatzantrages des geehrten Mitgliedes für Saarbrücken haben Sie gestern zwischen sich und dem Ministerium eine Scheidewand gezogen (Heiterkeit); nun brauchen Sie blos noch den Antrag des Hrn. Michaelis anzunehmen, und Sie haben die Grenzen überschritten, innerhalb deren das Regieren überhaupt noch möglich ist. (Heiterkeit.)

Dazu kommt der Staatsvertrag mit Oldenburg, von dem Ihre Commission selbst gesagt hat, daß er im Interesse des Staats liegt. Nachdem dieser Vertrag genehmigt, beschränkt sich das, was Sie zu sagen haben, nur auf Ihre finanzielle Mitwirkung. Erkennen Sie nun wirklich nicht den Widerspruch, vor dem Sie stehen? Den Vertrag zu genehmigen und ihn finanziell nicht anerkennen, heißt den Vertrag verwerfen. Ich hoffe, daß Sie sich nun selbst klar machen werden, wie Sie die Action der Regierung nach außen fast unmöglich machen. — M. H.! Ich bitte Sie demnach, den Antrag des Herrn Michaelis nicht anzunehmen. Wenn Sie es aber doch thun, dann bitte ich Sie, sich auch die Folgen zu vergegenwärtigen und uns wenigstens mit Ihrer sittlichen Entrüstung zu verschonen, wenn wir die Andeutung geben, daß der Conflict über kurz, oder lang den bisherigen Charakter der Gemüthlichkeit verlieren dürfte.

Abg. Meibauer (für den präjud. Antr.), weist zunächst den Vorredner wegen der Bemerkung bezüglich des „pathologischen Interesses" und wegen einiger anderer Insinuationen ähnlichen Charakters zurecht. M. H.! Was die Hinweisung auf den vereinigten Landtag anbetrifft, so will ich nur den einen Unterschied hervorheben, der darin liegt, daß der vereinigte Landtag das Budgetrecht, das wir zu üben befugt sind, nicht besessen hat. Was die Scheidewand anbetrifft, die zwischen uns und dem Ministerium aufgethürmt ist, so wundere ich mich, daß Sie der verehrte Abgeordnete für Neustettin erst von der gestrigen Abstimmung datirt.

Sie ist in dem Augenblicke entstanden, als die Staatsregierung zum erstenmale über Ausgaben verfügte, die vom Abgeordnetenhause ausdrücklich abgesetzt worden waren, und der Culminationspunkt des Conflicts, meine ich, datirt von der Rede, in der der Herr Finanzminister neulich seine bekannten Ansichten über das Budgetrecht niedergelegt hatte. — M. H.! Eine Kammer, welche um ihr verfassungsmäßiges Recht kämpfen muß, kann solche Geldbewilligungen, wie sie durch die in Rede stehenden Vorlagen gefordert werden, nicht machen. Sie darf nicht dazu beitragen, daß die Krankheit, welche für eine chronische erklärt wird, nach dem Gutdünken der Regierung bleibt oder ihr Ende erreicht. Ich halte uns überhaupt nicht für berechtigt, und so lange wir nicht im Stande sind, eine klare Uebersicht der wirklichen Ausführung unserer Etatsaufstellungen zu gewinnen, weder formell noch materiell befugt, dem Lande neue Lasten aufzulegen. So lange müssen wir alle Vorlagen, die neue Lasten in Aussicht nehmen, einfach ablehnen. Der präjudizielle Antrag von Michaelis ist deshalb ein mildernder, nicht ein verschärfender, denn er fordert ja nur, den Beschluß auszusetzen, bis ein verfassungsmäßiges Budget zu Stande gekommen ist. (Redner geht unter einiger Unruhe des Hauses, die das Verständniß seiner Ausführungen wesentlich beeinträchtigt, auf den Staatsvertrag mit Oldenburg und auf die Eisenbahn-Vorlagen im Speziellen ein.)

M. H.! Wenn auf die Folgen hingewiesen worden ist, die aus der Annahme des Antrages von Michaelis entstehen könnten, so glaube ich, daß die allgemeinen Schäden, die eine Verwerfung des Antrages nach sich zöge, schwerer wiegen, als die materiellen Verluste der Einzelnen. Ich glaube auch nicht, daß unser Volk durch die Lockspeise, die ihm in den Eisenbahn-Vorlagen vorgeworfen ist, sich fangen lassen wird. Das Verfahren der Regierung scheint mir darauf hinauszulaufen, die Provinzial-Interessen gegen uns anzurufen und uns dadurch zu vermögen, daß wir uns unmerklich von unserem Standpunkt fortschieben lassen. Aber, m. H.! Wir sind nicht die Vertreter einzelner Provinzen und ihrer Spezial-Interessen, sondern die Vertreter des gesammten preußischen Volkes. Wir wollen uns nicht auf das Niveau von Provinzialständen und deren Interessen hinunterdrücken. Die Regierung hat uns gesagt, daß wir unser Budgetrecht nicht an der Militärfrage, sondern an irgend einer anderen probiren sollen, um es zur Geltung zu bringen. M. H.! Der Andeutung gegenüber, die wir so eben von dem Abgeordneten für Neustettin vernommen haben, kann ich Ihnen nur zurufen: Hüten Sie sich, das unzweifelhafte Budgetrecht des Landes zum Probirstein für absolutistische Neigungen zu machen. Ich bitte Sie, stimmen Sie für den Antrag des Abg. Michaelis. (Beifall.)

Abg. Hahn (Ratibor): Ihre Discreditirung bei dem Lande, die wir lebhaft wünschen, könnte sich durch Nichts leichter erreichen lassen, als durch Annahme des Antrages Michaelis. Es ist eine wunderbare Ironie des Schicksals, daß 24 Stunden nach Annahme der Anträge, welche sich darauf gründen, daß die Regierung zu wenig für productive Zwecke thun soll, diese Regierung mit Vorlagen zu solchen Zwecken vor das Haus tritt und Sie diese Vorlagen ablehnen wollen. Denn der Michaelis'sche Antrag mit der Vertagung der Vorlagen ad Cal. Graecas heißt doch nur Ablehnung der letzteren. Ein Etat unter Zustimmung der drei Factoren wird unzweifelhaft eben so wenig in diesem, wie im vorigen Jahre zu Stande kommen, also mit Annahme des Antrages stellen Sie den Bau der Eisenbahnen in Rede mindestens auf ein Jahr in Frage. Der Antrag kann nur einen Druck auf die Regierung bezwecken, um sie zu einem Etat nach Ihrem Wunsche zu zwingen. Dabei verrechnet man sich nach zwei Seiten, nach Seite der Regierung, weil diese lieber den Eisenbahnbau ein Jahr vertagen, als von den, von ihr für Recht erkannten Prinzipien in Bezug auf den Etat abzugeben. Nach der Seite des Landes verrechnet man sich, weil das Land und Volk, welches Sie hinter sich zu haben glauben, den Antrag verwirft, beurtheilt ihn doch die liberale Presse durchgängig herb und räth seine Verwerfung. Man verrechnet sich, wenn man glaubt, dem Lande plausibel zu machen, man wahre ein höheres, das Budgetrecht, dadurch, daß man ein kleineres aufgebe. Sie haben schon einmal einen Umschwung der Meinung, nicht nur im Lande, sondern in diesem Hause erlebt. Wie hat man im vorigen Jahre die Politik des Ministeriums Bismarck als anti-preußisch und anti-deutsch angegriffen? Und wenn ein liberales Blatt meldet, daß noch jüngst 40 Mitglieder der Fortschrittspartei . . . .

Präsident Grabow: Ich bitte den Herrn Abgeordneten bei der Sache zu bleiben; wir sind hier bei dem Michaelisschen Antrage und nicht bei der auswärtigen Politik.

Abg. Hahn (Ratibor) fährt fort: Ich meine also, daß wie Sie in der äußeren, so auch in der inneren Politik einen Umschwung erleben werden. Sie kämpfen nur mit Resolutionen, die Regierung kämpft mit Thaten und wird bald genug Volk und Land hinter sich haben. Der Abgeordnete für Heiligenbeil sagte neulich, die Regierung disciplinire die Provinz Preußen; wenn Sie den Antrag Michaelis annehmen, dann disciplniren Sie die Provinz Preußen und alle anderen Provinzen, welche bei den Eisenbahn-Bauten betheiligt werden sollen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. (Beifall von den Conservativen.)

Abg. Möller: M. H.! Sie haben gestern Beschlüsse gefaßt und Anträge angenommen, in Bezug auf welche die königliche Staatsregierung allein die Macht der Entscheidung in Händen hat und über deren Erfolglosigkeit wir uns nach den offen ausgesprochenen Erklärungen der Minister keiner Täuschung hingeben werden. Heute liegt das Verhältniß gerade entgegengesetzt. Heute tritt die Regierung mit einem Anliegen an uns heran. In unserer Hand liegt die Gewährung, in unserer Hand folglich die Macht, und nach dem, was wir heute beschließen, wird die parlamentarische Geschichte unseres Staates beurtheilen können, ob wir zur Zeit für die volle Inanspruchnahme unseres Verfassungsrechtes schon reif sind, oder nicht (Bravo! Sehr wahr!), und ich meine, mit der Annahme des Michaelis'schen Antrages werden wir für unser Recht eine wirksame Waffe schmieden können, indem wir alle diejenigen, welche das nächste Interesse an den Forderungen der Regierung haben, einen scharfen Sporn empfinden lassen, mitzuwirken zu der Aufhebung des budgetlosen Regiments. (Bravo!) M. H.! Wenn wir der Regierung sagen: wir können Euch unmöglich außergewöhnliche Geldmittel zur Verwendung geben, bevor Ihr uns nicht den vollen verfassungsmäßigen Einfluß auf das Zustandekommen des Budgets einräumt, den wir verlangen können und müssen, und die Regierung thut das nicht, an wem wird dann die Schuld liegen, wenn die Eisenbahnen nicht gebaut werden, an uns oder an dem Ministerium?

M. H., erinnern Sie sich daran, daß ein Theil dieser Vorlagen schon in der vorigen Sitzung eingebracht wurde und in der Commission eine günstige Beurtheilung fand, aber drei Tage bevor das Haus sich darüber aussprechen konnte, wurde es Knall und Fall geschlossen (Sehr wahr!), an wem, frage ich, hat damals die Schuld gelegen? Als der vereinigte Landtag jene Eisenbahn-Bewilligungen ablehnte, galt es, die formelle Erwerbung des Rechtes auf Beschlußfassung der Reichsstände durchzusetzen und heutzutage, m. H., gilt es, dieses Recht factisch wiederzuerobern. Denn, m. H., Sie werden Alle zugeben, daß wir nicht weit davon entfernt sind, wieder zu der traurigen Rolle von berathenden Ständen herabgedrückt zu werden. (Sehr wahr!) Sie Alle wissen, wie unseren Beschlüssen vollendete Thatsachen und unserem Rechte Gewalt gegenüber gestellt wird. Sollen wir da die einzige Gelegenheit, die uns vielleicht in dieser ganzen Session gegeben wird, Macht gegen Macht aufzubieten, unbenutzt vorüber gehen lassen? Nein, m. H., ich denke das Volk wird uns heute nicht weniger verstehen, wenn wir diese Mittel verweigern, als es damals vor 18 Jahren jenen Beschluß des Landtages erkannt und gewürdigt hat. (Bravo links.) Auch dagegen muß ich mich erklären, daß wir, wie uns vorgehalten wurde, doch wenigstens in die Berathung der Vorlagen heute eingehen könnten; die heutige Berathung würde dem Ministerium bona fides geben und einen Vorwand zu sagen: wir mußten ja wohl das Geld nehmen, wo wir es fanden, wir mußten mit oder ohne Verfassung diejenigen Anlagen zur Anführung bringen, die ja von dem Hause selbst als zweckmäßig anerkannt worden sind. Heißt das nicht den budgetlosen Zustand verewigen?

Was aber die Stellung derjenigen im Hause betrifft, die etwa geneigt sind, Nr. 1, 2 u. 3 zu verwerfen, Nr. 4 bis 6 aber anzunehmen, so fürchte ich, wenn man aufrichtig der Sache auf den Grund gehen will, es wird sich hinter den Gründen, die Sie anführen, ein gut Theil deutschen Pfahlbürgerthums und beschränkten Lokal-Patriotismus verstecken (Sehr richtig links.) Was sollten auch wohl die Herren Wahlmänner sagen, wenn man ihnen ihre Eisenbahnen, auf die sie sich schon so gefreut haben, zu Falle bringen wollte. In solchem Geiste mag man vielleicht Lippe-Bückeburg oder Reuß-Greiz vierter Linie vertreten (Heiterkeit), aber von einem preußischen Abgeordneten erwarte ich, daß ihm das Ganze höher stehe als der Theil, und daß ihm das Recht des Ganzen höher stehe als der einzelne Vortheil. (Bravo links.) Und wissen denn die Herren Partikularisten, daß die Bewilligung auch wirklich ihrer Eisenbahn und keiner andern zu Gute komme? (Hört!) M. H.! Ich möchte Sie warnen, diesem Glauben allzu sehr zu vertrauen. Das Protokoll der vierten Sitzung der Budget-Commission constatirt die Thatsache, daß die für die schlesische Gebirgsbahn bewilligten Gelder nicht für diese, sondern für die Holzminden-Altenbuckener verwendet worden sind (hört! hört!), und die Regierung hat es nicht einmal für nöthig gehalten, sich darüber zu rechtfertigen. Nun, m. H.! Einer solchen Thatsache gegenüber, welche Sicherheit haben Sie denn, daß die von Ihnen für Ihre Bahnen bewilligten Gelder nicht für andere Bahnen oder für weiß Gott was für andere Zwecke verausgabt werden? (Sehr wahr links.) M. H.! Es gilt hier zu entscheiden, ob man es in Wahrheit Ernst meint mit dem preußischen Verfassungsleben, und wem es solcher Ernst ist, der wird, glaube ich, für den Antrag Michaelis stimmen. (Lebhaftes Bravo links.)

Handelsminister Graf Itzenplitz: Meine Herren! Ich habe die Eisenbahnvorlage eingebracht am ersten Tage der Constituirung des Hauses, und wir treten heute, nachdem Monate vergangen, am 28. März in die Berathung. Dieser Zustand ist an sich schon unvortheilhaft; indeß ich will es dankbar anerkennen, daß wir noch heute zur Berathung gelangen. Es ist gerade jetzt die Zeit, Eisenbahnen zu bauen, wo die Tage länge länger werden und der Frühling kommt (Heiterkeit), verschieben Sie aber die Sache, bis ein Staatshaushalts-Etat zu Stande kommt, — es ist ja möglich, daß er zu Stande kommt, so werden noch viele Wochen darüber vergehen und die Zeit wird immer theurer werden. Ich muß mich im Allgemeinen gegen den Antrag Michaelis erklären. Die betreffenden Posten für die ostpreußischen Bahnen, die wir verlangen, sind im Etat ausgeworfen, für sie bedarf es daher keiner Anleihe und keiner Garantie; bei der Eifel-Bahn handelt es sich aber wirklich um eine Garantie, und wenn gesagt worden ist, Sie wollen der Regierung keine Mittel in die Hand geben, so bemerke ich, daß eine Garantie nicht Mittel in die Hand giebt, sondern im Gegentheil Ausgaben veranlaßt, und ich sehe keinen Grund, warum eine Garantie ebenso behandelt werden soll, wie eine Anleihe. Das thut aber der Michaelis'sche Antrag. — Meine Herren! Ich stelle mich auf den Standpunkt, daß die Staatsregierung, wie die Mehrheit dieses Hauses, das Wohl des Landes im Auge hat, und daß Sie diesen Standpunkt auch heute festhalten werden. Ich bin mit der Ueberzeugung hierher gegangen, daß wir in dieser Frage uns einigen werden, und meine Herren, ich habe diese Ueberzeugung noch jetzt. Ich kann Sie daher im Namen des Landes nur dringend bitten, den vorgeschlagenen Antrag abzulehnen und in die Spezialdebatte einzugehen. Meine Herren! Die Gesetze zu verwerfen, steht ja in Ihrer Macht, aber sie ganz und gar von der Hand zu weisen, ohne überhaupt in die Berathung einzugehen, das, glaube ich, kann nicht zum Wohle des Landes gereichen.

Reg.-Commissar Hoffmann. Es ist wiederholt auf eine Aeußerung des Herrn Minister Präsidenten Bezug genommen, daß die Staats-Regierung die Mittel hernehmen würde, wo sie sie finde. Ich weiß nicht, ob die Aeußerung von dem Herrn Minister-Präsidenten in dieser Weise gemacht worden ist (Ja! Ja!); aber ich glaube, daß ihr eine zu weite Ausdehnung gegeben worden ist; jedenfalls hat die Aeußerung nicht dahin gehen sollen, daß die Staatsregierung Mittel, die ihr zu bestimmten Zwecken bewilligt worden, zu andern Zwecken habe verwenden wollen. Der Hr. Abg. Möller befindet sich in Betreff der Verwendung von Eisenbahn-Anleihen in einem Irrthum; was ihm vorschwebt, war ein reines Kassenmanöver (Bewegung). Wenn die Staatsregierung im vorigen Jahre beim Ausbruch des Krieges zwei Anleihen, eine 4 procentige und eine 4½proc. zu realisiren hatte, so that die Regierung ihre Pflicht und schützte die Staatskasse vor Verlust, wenn sie die 4proc. zurückhielt und mit dem Verkauf der 4½ proc. vorging. Ich habe diese Operation als eine Kassenoperation bezeichnet. Wäre statt der beiden Anleihen nur eine 4proc. zur Verfügung gewesen, so würde die Staatsregierung aus bereiten Mitteln die Summe vorgestreckt haben und erst in einem günstigeren Zeitpunkte zur Realisirung vorgegangen sein. Daraus darf nicht gefolgert werden, daß die Anleihe zu einem anderen, als zu dem ursprünglich bestimmten Zwecke verwendet worden ist.

Handelsminister: M. H., im Anschluß an die Worte des — —

Präsident Grabow: Ich ertheile dem Herrn Handelsminister das Wort. (Heiterkeit.)

Handelsminister (fährt fort): Anschließend an die Worte des Commissars bemerke ich, daß ich mit dem Bau der schlesischen Gebirgsbahn, sobald es das Wetter erlaubt, wieder mit allen Kräften vorgehen werde. In dieser Beziehung, m. H., können Sie unbesorgt sein. Die Summen werden dazu verwendet werden, wozu sie bestimmt sind. Wollten Sie aber in die Discussion gar nicht eingehen, so würde man mit Recht sagen, daß Sie überhaupt dem Lande nicht helfen wollen.

Abg. Dr. Simson: M. H.! Ich glaube, Sie (zur Linken) thun den Herren drüben Unrecht, wenn Sie das, was jene als Futurum aussprechen, für Prophezeiungen halten. Es ist unglaublich, woher man jetzt noch den Muth zum Prophezeien nehmen kann, nachdem man mit allen seinen Prophezeiungen bis jetzt Fiasco gemacht hat. So oft der Abgeordnete für Neustettin und seine Freunde sich auf das Gebiet der Prophezeiungen begeben, gleichen sie dem Teiresias in der Fabel mit seinem Ausspruch: „erit aut non erit". Oft haben jene Herren und meist unaufgefordert freiwillig der Regierung ihre Rathschläge angeboten, und oft haben wir erlebt, daß sich die Regierung dafür bedankt hat. Dies haben wir zu meiner Freude auch heute erlebt. Der Abgeordnete für Neustettin stellt das Zustandekommen eines Etats in Abrede, der Herr Handelsminister zeigt durch seine Aeußerung über den v. Benda'schen Antrag, daß er an die Möglichkeit des Zustandekommens glaubt.

Nach meinem Ermessen ist der Antrag nach der Verfassung und Geschäfts-Ordnung durchaus zulässig. Er macht die Eisenbahnvorlagen der Regierung abhängig von dem Zustandekommen des Budgets, also von einer Bedingung, die sich von selbst versteht. Vor drei Jahren würden wir einen solchen Antrag für völlig überflüssig erklärt haben. Ich bin auch nicht der Meinung des Herrn Handelsministers, daß die Annahme des Antrages den Uebergang zur Tagesordnung über die Eisenbahn-Vorlage bedinge. Der Antrag macht die Vorlagen abhängig, wenn Sie mir diesen juristischen Ausdruck erlauben, von einer Potestativ-Bedingung: er legt es in die Hand der Regierung, daß die Vorlagen in das Leben treten. Noch weniger aber bin ich der Ansicht des Abg. für Neustettin, daß die Majorität mit Annahme des Antrages den Rubicon überschreite. Nach seiner Geographie scheint Italien viele Ströme dieses Namens zu haben, und so oft er auch eine Ueberschreitung des Rubicon proclamirt hat, erfolgt ist sie niemals. (Heiterkeit.) Ein Anderes wäre es, wenn der Antrag die Eisenbahnvorlagen abhängig machte von der Anerkennung unseres Budgetrechtes, welches wir von Einzelnen fast bis zur Unerträglichkeit unser „sogenanntes" Budgetrecht nennen hören. Es könnte sehr wohl sein, daß der Etat zu Stande käme und der Streit um das Budgetrecht fortwährte. Wenn ich also den Antrag als solchen für zulässig erklären konnte, so kann ich es auch, indem ich sein Ziel durchaus billige. Der Antrag ist für die Regierung ein Compelle mehr, um im Sinne des Hrn. Kriegsministers den verfassungsmäßigen Zustand zu retabliren.

Aber, m. H., eine Pflicht, für den Antrag zu stimmen, sehe ich trotz alledem nicht für uns. Dieses scheint Ihnen (zur Linken) nur der Abg. für Neustettin aufzuerlegen, indem er an Ihre parlamentarische Ehre appellirt, indem er ein solches Votum für eine Consequenz Ihres ganzen Verhaltens erklärt. Nun bin ich neugierig, ob Sie mehr Gewicht auf die Rathschläge des Hrn. Abg. für Neustettin legen, als die Regierung, und ob Sie diesem Rathe folgen werden. Die Parallele, welche zwischen uns und dem vereinigten Landtage gezogen worden, paßt nicht. Dem vereinigten Landtage, den ich beiläufig für die glücklichste, für die beneidenswertheste aller parlamentarischen Versammlungen erachte, die je in diesem Lande getagt haben, dem vereinigten Landtage wurde die Ausübung eines Rechtes zugemuthet, das er nach seiner ehrlichen Ueberzeugung nicht hatte. Unter dem Scheine der Ausübung dieses Rechtes sollte dann die Conclusion sich hervorwagen, der vereinigte Landtag sei die Erfüllung des Versprechens vom 22. Mai 1815, er sei die Repräsentbtivvertretung unseres Vaterlandes. Das haben jene Männer abgelehnt und das können wir nicht ablehnen, denn daß wir die repräsentative Vertretung unseres Volkes sind, das wird Niemand bezweifeln können, so wenig wie unsere Berechtigung zur Annahme oder Ablehnung der Regierungsvorlagen. Wenn aber doch einmal vom vereinigten Landtage die

Rede ist, so muß ich fragen, welch' ein Muth gehört dazu von Seiten der Partei, auf den vereinigten Landtag hinzuweisen, die sich doch sagen muß, wenn ihre unseligen Rathschläge nicht befolgt worden wären, so würde das Land von einem 18. März 1848 schwerlich etwas wissen.

Hier steht eine Warnungstafel vor den Rathschlägen einer Partei, wie kaum an einer anderen Stelle unserer vaterländischen Geschichte. Wenn ich mir nun aber die Ratio des Antrages vorführe, so kann ich demselben doch nicht zustimmen. Das Land leidet schon schwer genug unter der Kalamität des budgetlosen Zustandes, einer Kalamität, die nicht nur von uns, sondern auch von der Regierung schwer empfunden wird. Ich habe manchmal die Empfindung, als ob die Maschinen dieses Staates sich zwar noch in ihren Rädern drehen, aber als ob sie den Staat nicht mehr vorwärts brächten, als ob es eben nur noch den Schein des Vorwärtskommens in den auswärtigen Erfolgen gäbe, an deren **letztem** Ende wir doch auch noch nicht angelangt sind. Wenn das Land also unter der Last des budgetlosen Zustandes leidet, so müssen wir es nicht auch noch durch Schädigung seiner materiellen Interessen leiden lassen. Da es uns leider nicht gegeben ist, schädliche Dinge zu hemmen, so dürfen wir wenigstens nützlichen Dingen unsere Beförderung nicht entziehen, damit das Land nicht doppelt leide. Nicht der Regierung bewilligen wir die Eisenbahnen, sondern dem Lande, uns selbst. Alle Argumente, die Sie aus der Stellung des Ministeriums zum Lande ableiten, treffen nicht den Kern der Sache. Für uns paßt es nicht, die Zustimmung zu Forderungen zum Vortheil des Landes zu versagen, wofür ich die Vorlagen halte, wie weit mit Recht, wird die Specialdebatte erweisen. Und wie verhalten Sie sich denn bei Annahme des Antrages zu ähnlichen Beschlüssen in den früheren budgetlosen Jahren? Wie wollten Sie die Beschlüsse der Annahme des Antrages aufrecht erhalten gegenüber den Zollvereinsverträgen, dem Invalidengesetz? Die Deductionen des Abg. Möller passen auch darauf. M. H.! Lassen Sie die Unterscheidung von Anleihen, Garantien, Staatsbeihilfe fallen, zumal nachdem der Herr Handelsminister die Möglichkeit seiner Zustimmung zu dem Antrage v. Benda in Aussicht gestellt hat, welcher eine Anleihe unnöthig macht. Ich bitte Sie, m. H., folgen Sie dem Rathe des Abg. Wagener nicht, sondern stimmen Sie mit uns gegen den Michaelisschen Antrag. (Beifall und Widerspruch.)

Der Schluß der Diskussion wird beantragt, jedoch, nachdem die Rednerliste verlesen, abgelehnt. Es erhält das Wort

Abg. v. **Bockum-Dolffs** für den Antrag. (Der Redner ist sehr schwer verständlich.) Die Regierung hat in der Reihe von Jahren, seit kein Etatsgesetz zu Stande gekommen, ohne Etat regiert, und sie hat sogar offen erklärt, daß sie ein solches Verfahren für gerechtfertigt halte. So lange ein derartiger Zustand währt, liegt die Verfassung eigentlich todt. Darum ist es Verpflichtung, in jeder Beziehung dagegen zu arbeiten. Man sagt nun freilich, wir schädigten durch die Annahme des Antrages die materiellen Interessen des Landes, und wir würden deshalb nicht wieder gewählt werden. Die materiellen Interessen können wir nur in den Gegenden schädigen, in denen die Eisenbahnen erbaut werden sollen, und diese werden ihren jetzigen Zustand wohl auch noch eine Zeit lang ertragen können. Und die Frage, ob wir wiedergewählt werden, darf für uns gar nicht entscheidend sein; sie ist im Wesentlichen nur eine Frage der Eitelkeit. Das Land kann bessere Vertreter finden, als wir sind; wir haben die Verpflichtung, bei unserer Abstimmung nicht darnach, ob wir wiedergewählt werdern, sondern nur nach unsre Ueberzeugung zu fragen. (Lebhaftes Bravo.)

Der Schluß der Debatte wird noch einmal beantragt und jetzt angenommen. Es erfolgen noch persönliche Bemerkungen:

Abg. **Hahn** (Ratibor). Ich habe mit allergrößter Entschiedenheit und Offenheit die Ablehnung des Antrages empfohlen. Der Herr Abg. Simson hat dies anders dargestellt, er hat versucht, mir die Absicht zu unterschieben, ich hätte die Gegenpartei mystificiren wollen. Das ist ein Verfahren, wofür mir der parlamentarische Ausdruck fehlt.

Abg. **Wagener**. Ich befinde mich ebenfalls in der Lage, die Vermuthungen des Herrn Abg. für Montjoie zurückweisen zu müssen. Ich habe gesagt, es wäre eine Consequenz, wenn die Majorität des Hauses für den Antrag stimmte. Wenn der Herr Abg. für Montjoie dies anders dargestellt hat, so muß ich vermuthen, daß er mich mit dem Abg. Dr. Möller verwechselt hat. (Heiterkeit.) Außerdem hat derselbe meiner geographischen Kenntnissen Erwähnung gethan und gemeint, auf meiner Landkarte müßten viele Flüsse den Namen „Rubicon" führen. M. H! Meine Landkarte ist ganz correct, aber es geht mir so wie dem Manne in der Fabel, der einen Kohlkopf, eine Ziege und einen Wolf über einen Fluß schaffen wollte und deßwegen hin und zurückfahren mußte, weil eins das andere sonst aufgezehrt hätte. (Heiterkeit.) Der Herr Abg. hat endlich auf meine Prophetengabe hingewiesen. Ich weiß darüber nur zu erwidern, daß ich immer das Richtige vorhergesehen und daß ich bereits im Jahre 1861 gegen Herrn. v. Vincke ausgesprochen, daß die Partei, welche damals die Majorität dieses Hauses bildete, nicht die Früchte ihrer Arbeit sehen werde. Das ist jetzt eingetroffen, die damalige Majorität ist jetzt die kleine Partei, zu der der Hr. Abg. Simson gehört. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. **Möller**: Der Herr Regierungs-Commissar hat nur zugestanden, es sei die von mir erwähnte Thatsache ein Kassen-Manöver gewesen. Ich bin indessen bereit, die Richtigkeit des von mir Behaupteten, durch Verlesen des vor mir liegenden Actenstücks zu erhärten und halte mich daher für berechtigt, meinen Ausdruck aufrecht zu erhalten. (Hört! hört!)

Abg. Dr. **Simson**: Ich bin weit entfernt, auf die Aeußerungen der Herren Wagener und Hahn näher einzugehen. Ich berufe mich nur auf den Eindruck, den die Reden jener Herren auf das Haus gemacht haben, und überlasse Ihnen zu entscheiden, ob ich zu meinen Aeußerungen berechtigt war. Ob ich aber so gesprochen, daß sich dafür nicht einmal ein parlamentarischer Ausdruck als Bezeichnung finden läßt, darüber muß ich mir das Urtheil des Herrn Präsidenten erbitten, denn mir scheint es weit über die Competenz eines Mitgliedes hinauszugehen, so etwas auszusprechrn.

Präsident **Grabow**: Ich muß auch erklären, daß mir der Herr Abg. Hahn zu weit gegangen zu sein scheint. Es mag das wohl daher kommen, weil er unseren Sitzungen noch nicht lange genug beiwohnt.

Abg. **Klotz** (für den Antragsteller) giebt einen Ueberblick über die Debatte und schließt mit einer nochmaligen Empfehlung des Antrages, indem er sagt: wir machen uns zu Mitschuldigen an dem Zerfall des Budgetrechts, wenn wir nicht in dieser Weise dafür eintreten. (Bravo.)

Von verschiedenen Seiten ist namentliche Abstimmung beantragt. Es werden im Ganzen 286 Stimmen abgegeben, davon für den Antrag 108, dagegen 178 Stimmen; der Antrag ist also abgelehnt. Die Fortschrittspartei hat im Allgemeinen für den Antrag gestimmt, außer den Abg. v. Kirchmann, Reichenheim, Dr. Becker (Dortmund), Paur, Senff, Lent; das linke Centrum hat im Allgemeinen gegen den Antrag gestimmt, dafür jedoch die Abg. von Bockum-Dolffs, v. Carlowitz, Frech, Dahlmann.

Das Haus geht nunmehr zum zweiten Theile der Tagesordnung über: „Berathung des Berichts der vereinigten Commissionen für Handel und für Finanzen über den nebst Schluß-Protocoll vorgelegten Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen weiterer Entwicklung der durch den Kriegshafen-Vertrag vom 20. Juli 1853 begründeten Verhältnisse vom 16. Februar 1864." Die verein. Commissionen haben beantragt, das Haus wolle den Staatsvertrag nebst dazu gehörigem Schlußprotocoll berathen, die Beschlußfassung über die von den vereinigten Commissionen empfohlene verfassungsmäßige Zustimmung aber aussetzen, bis das Gesetz über den Staatshaushalt für 1865 zu Stande gekommen ist.

Die allgemeine Debatte über den Bericht eröffnet der

Abg. Dr. **Gneist** (gegen den Commisions-Bericht): Ich habe mir das Wort erbeten, um in dieser General-Discussion noch das Prinzip zu erörtern, welches in der vorigen Abstimmung lag; um über die Frage zu sprechen, ob unser bestehender Budgetstreit in einem präjudizirlichen Zusammenhange steht mit der Genehmigung oder Nichtgenehmigung solcher Staatsverträge, wie sie vorliegen. Ich glaube dies nicht annehmen zu können und zwar gerade nach dem Sinne der Beschlüsse, die bisher von diesem Hause in der Budgetfrage gefaßt sind. Wir behaupten, es liege eine zwiefache Rechtsverletzung in Betreff des Budgets vor. Die Staatsregierung ist verpflichtet, sich alljährlich eine Vollmacht zur Disposition über die Finanzen geben zu lassen, die nur durch Zustimmung beider Häuser ertheilt werden kann. Es ist nun eine weit verbreitete, genau 100 Jahre alte Meinung unter den gebildeten Klassen, daß, wenn einer der beiden Factoren die Zustimmung verweigert, das Ministerium zurücktreten oder die Kammern auflösen muß. Darauf antwortete ich: eine politische Meinung der gebildeten Klassen, und wenn sie 100 Jahre alt ist, macht kein Recht; ein Recht zu solchem Verlangen hat nie existirt. Das Budgetrecht ist dem Abgeordnetenhause nicht gegeben, um Minister einzusetzen oder abzusetzen, sondern es ist dem Lande gegeben, damit es durch seine Abgeordneten eine Ermäßigung der Landeslasten und eine richtige Vertheilung derselben bewirke. Die Minister sind danach nach erfolgter Verweigerung des Budgets verpflichtet, sofort und bona fide einen veränderten Entwurf vorzulegen.

Sie werden, um die Zustimmung des Hauses zu erlangen, auf die früheren Verwerfungsgründe Rücksicht nehmen müssen. Die Verhandlungen können sich dann mehrmals wiederholen und sie werden dabei auf das vielbesprochene Gebiet der Compromisse führen. Compromisse sind auf diesem Gebiete möglich, aber über Recht und Unrecht, über Wahrheit und Unwahrheit, über Anerkennung und Nichtanerkennung der Verfassung giebt es keine Compromisse. — Eine andere Verletzung, welche dem Conflict zu Grunde liegt, ist durch die Verausgabung vieler Millionen ohne Genehmigung des Hauses begangen. Diese Frage ist lediglich nach dem Grundsatze der Minister-Verantwortlichkeit zu beurtheilen. Sehen Sie einmal nach, ob jemals eine Anklage gegen einen Minister erhoben worden ist, weil er die Gelder eingenommen und staatsrechtlich verpflichtete Ausgaben geleistet hat. Eine nothwendige Ausgabe kann sehr wohl ohne Vollmacht geleistet werden. Der Staat ist eine Person, deren Einnahmen und Ausgaben in der Hauptmasse auf permanenten Gesetzen beruhen. Diese kann kein Abgeordnetenhaus durch Budgetbeschlüsse auch nur für einen Tag außer Kraft setzen, denn es würde dahin führen, daß die Verwaltung vollständig gelähmt wäre. Wir werden durch Beschlüsse die Staatsregierung nicht hindern können, auf Grund publicirter Landesgesetze etatisirte Ausgaben zu leisten.

Nicht die Leistung solcher Ausgaben macht die Staats-Regierung verantwortlich, sondern deren Unterlassung. Dagegen hängen von unserer Bewilligung alle Ausgaben ab, welche weder in der Verfassung, noch in den Gesetzen bedingt sind. Darnach hat das Haus die Kosten der Reorganisation abgesetzt, es hat in einem Falle sein Recht gebraucht, wo die Regierung nicht nur finanziell und volkswirthschaftlich, sondern auch gesetzlich im Unrecht war. Zur Abhilfe dieses Conflicts konnte nun allerdings der Rath gegeben werden, daß Sie das ganze Budget verwerfen. Ein solcher Beschluß wäre hochwichtig, aber den Charakter der Ernsthaftigkeit würde er nicht an sich tragen, seine Folge würde nur sein, daß wir selbst die Grenze zwischen berechtigtem und unberechtigtem Widerspruch zu unserem Nachtheile und zum Vortheile der Regierung verwischen würden. Es wird nun behauptet, daß mit dem Zustandekommen des vorliegenden Budgets das Budgetrecht des Hauses hergestellt sein werde. Das ist nicht der Fall; die Herstellung unseres Budgetrechts besteht nur in der unzweideutigen Sanction unseres Rechts. Der einzige Weg zur Herstellung unseres Budgetrechts ist die Ministerverantwortlichkeit, die ganze und volle; alle anderen Wege mögen augenblicklich aus der Verlegenheit helfen, aber sie führen nicht zum Ziele.

Nur das Minister-Verantwortlichkeitsgesetz ist die zwingende Gewalt, welche das Ministerium an das Budget bringt, verbunden mit einem höchsten Gerichtshofe, welcher entscheidet, was bei uns Verfassungsrecht ist. Durch Finanz-Operationen sind verletzte Rechte nicht wiederherzustellen. Auch von diesem Standpunkte aus, giebt es nicht Remedur, sondern nur Vorsichtsmaßregeln und diese sind, keine neuen Steuern, keine neuen Anleihen zu bewilligen, damit die factische Macht des Ministeriums nicht vergrößert, sondern verringert werde. Dabei kommt es auf den technischen Unterschied von Anleihe und Garantie nicht an. Deshalb können wir den Verträgen unsere Zustimmung ertheilen, wobei ich zugebe, daß die Ansichten über die vorgeschlagenen Deckungsmittel verschieden sein können.

Abg. v. **Blanckenburg**: Der Hr. Abg. Gneist hat mich an die Zeit erinnert, wo wir gemeinsam in einer Commission saßen und über den damaligen ersten Versuch der Regierung debattirten, die Civilehe einzuführen. Damals plaidirte er für uns und stimmte nachher gegen uns, hoffentlich wird er heute nicht nur mit uns deduciren, sondern auch mit uns stimmen. Heute sagt uns der Abg. Gneist, daß die Regierung auch bei dem budgetlosen Zustande nicht von den einmal geschlossenen Verträgen zurücktreten, daß die Budgetfrage nur durch einen Compromiß gelöst werden kann, d. h. jeder Theil kann sein Recht nur soweit erlangen, als er dadurch nicht die Rechte Anderer schädigt.

Ich zweifle nicht, daß Sie die Vorlage ablehnen werden, allein ich möchte doch rathen, nicht zu sehr auf das non possumus des Abg. Möller zu pochen. Eine Warnung dagegen sollten Ihnen die Mitglieder der polnischen Nationalität sein, deren Vorfahren von dem Niepozootam (?) zu ihrem eigenen Schaden einen zu häufigen Gebrauch gemacht haben. Wenn Sie so fortfahren, so ergeht es Ihnen wie Shylock, der auch so lange fest auf seinem Schein stand, bis er selbst nicht einmal das Recht bekam, welches ihm zustand. Sie wollen die Regierung gewissermaßen belagern, allein die Wälle, welche sie umgeben, sind mit den Mitteln und auf den Wegen, welche Sie wählen, noch nie erobert worden; ich hoffe, auch das Kronwerk wird sich nicht so leicht ergeben.

Abg. v. **Hennig**. Ich bin gegen den Vertrag und gegen die Anträge der Kommission. Ich vermag keine Vortheile darin zu finden. Die Natur setzt Hindernisse durch Sturmfluthen entgegen, welche alle unsere Mühen und Kosten vereiteln. Daß der Jahdebusen gegenüber der hohen Fluth und Ebbe zu einem Kriegshafen eingerichtet werde, halte ich für unmöglich, dazu die Hindernisse, welche Hannover bereitet. Ich glaube, es werden abermals und abermals Millionen auf Millionen in das Wasser geworfen werden und die Sachen nach Jahren auf demselben Fleck stehen. Wenn aber, was doch immer noch möglich, die Regierung eine gute Politik verfolgt, so wird sie im Stande sein, sich andere, bessere und billigere Kriegshäfen zu verschaffen. Der Vergleich des Hauses mit Shylock trifft nicht zu. Wir stehen nicht auf einem Schein, sondern auf einem fest gegründeten Recht; das Recht, das Shylock wollte, widersprach der Menschlichkeit und Sitte, widersprach dem Naturrecht; wir aber fordern das auf das Gesetz gegründete Recht. Das Pfund Fleisch will ich gern dem Abgeordneten für Cammin überlassen, der darnach ja so durstig zu sein scheint. (Heiterkeit.)

Reg.-Commissar Oberst **Scheuerlein**: Auf die Vorwürfe des Herrn Vorredners, daß alles Geld für den Jahdehafen weggeworfen sei, habe ich nur zu erwidern, daß der Werth des Kriegshafens seiner Lage und der Beschaffenheit der Gewässer nach, außer Zweifel steht, daß fast die einzige Unbequemlichkeit in seiner Lage auf fremdem Gebiete zu suchen ist, daß die Regierung durch zahlreiche Beobachtungen ihre Ueberzeugung gewonnen hat, und daß sie, wenn sie durch irgend etwas in derselben erschüttert worden wäre, nicht fortgesetzt neue Geldbewilligungen nachgesucht haben würde. Was die Beschädigungen durch Sturmfluthen anbetrifft, so kann dergleichen bei allen Wasserbauten eintreten und für Zerstörungen durch außerordentliche Naturereignisse, kann die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn nun endlich behauptet wird, daß ein Kriegshafen am Ausgange eines großen Flusses liegen müsse, so kann ich, gestützt auf die Lage der festen Kriegshäfen in England und Frankreich, wo diese Bedingung fehlt, auch dem nicht beitreten. Der Nordseehafen ist für Preußen von großer Wichtigkeit, da die Einfahrt in die Ostsee oft sehr schwierig ist. Die Landabtretung von Seiten Oldenburgs ist jetzt so ausgedehnt, daß sie den Bedürfnissen der Befestigung gegen die Land- und Seeseite vollständig genügt. Mehr wollte Oldenburg nicht abtreten, aber durch die detachirten Forts ist, wie gesagt, auch die Landseite vollkommen geschützt.

Handelsminister Herr **Itzenplitz**: M. H. der gegenwärtige Vertrag mit Oldenburg ist, wie dies auch die Commission anerkannt hat, durchaus vortheilhaft, und unterscheidet sich dadurch wesentlich von dem früheren Vertrage, der uns größere Verbindlichkeiten auferlegte. In Zahlen ausgedrückt handelt es sich jetzt um 2½, event. 3½ Mill., gegen früher 12 Millionen. Nur noch einige andere Gesichtspunkte. M. H.! Auch der Handel spielt bei dieser Frage mit, und geht mit den Marinezwecken Hand in Hand. Bekanntlich streben wir einen Kanal an, der die Nord- und Ostsee verbindet. Die technische Ausführbarkeit dieses Kanals ist nachgewiesen; von keiner Seite ist behauptet, daß dies Unternehmen ein übles, oder unmögliches sei, wohl aber, daß es ein gutes, ein großartiges genannt werden müsse, und so denke ich, werden wir es wohl durchführen. Nun meint der Abgeordnete v. **Hennig**, daß ein guter Kriegshafen nothwendig an der Mündung eines großen Flusses liegen müsse, aber gerade bei Gelegenheit dieser Kanalfrage sind mir aus Stettin von nautischen Sachverständigen eine Menge Urtheile zugegangen, die durchaus das Entgegengesetzte verlangen und mich bestürmen, daß der Kanal mit dem befestigten Hafen nicht in den großen Fluß Elbe, sondern in den kleinen Hever ausmünde. Dies wird festgestellt werden, und dann werden wir mit einer Vorlage vor das Haus treten.

Wenn wir nun einen Kanal haben werden, der die Nord- und Ostsee verbindet, ohne wie am Sund vor den dänischen Kanonen vorbeizuführen, dann wird dem Jahdehafen eine noch größere Wichtigkeit als jetzt zuerkannt werden müssen. Die Commission hat daher mit Recht den Vertrag mit Oldenburg einen guten genannt; aber diesem Vertrage zufolge müssen wir auch eine Eisenbahn anlegen, und dazu gebrauchen wir Geld. Wir wollen dieses Geld, wie wir es für finanziell richtig halten, durch eine Anleihe beschaffen. — M. H.! Da der Staatsregierung daran liegt, diese Eisenbahnvorlage Ihnen annehmbar zu machen, und da sie jedes Mittel versuchen will, um dieses nützliche und den Landesinteressen entsprechende Unternehmen in's Leben zu rufen, so bin ich befugt, die Erklärung abzugeben, daß die Staatsregierung mit dem Amendement des Abg. v. Benda einverstanden ist.

Abg. **Harkort** (auf der Journalisten-Tribüne völlig unverständlich) scheint einige, wenige Bemerkungen zu Gunsten des Commissionsantrages zu machen. Nächstdem wird ein Amendement des Abg. **André** verlesen, das gleichfalls im Zusammenhange nicht zu verstehen ist.

Abg. Frhr. v. **Hoverbeck**: M. H.! Die Anträge der Commission haben viel Aehnlichkeit mit dem Antrage des Abg. Michaelis. Auch sie empfehlen, die Beschlußfassung auszusetzen, bis das Budetgesetz zu Stande gekommen ist. Nehmen wir nun den Vertrag mit Oldenburg an, so sind wir dadurch gebunden, auch die Mittel zur Anlegung der Eisenbahn zu bewilligen, welche die Regierung, wie wir gehört haben, mittelst einer Anleihe sich beschaffen will. Ich meine aber, daß es nicht möglich ist, dieser Regierung, welcher das Vertrauen des Hauses nicht zugestanden werden kann, solche Mittel zur Disposition zu stellen. Allerdings ist gesagt worden, daß wir schon durch den früheren Vertrag mit Oldenburg gebunden sind, eine Eisenbahn nach dem Jahdebusen zu bauen, aber m. H., diese Verpflichtung ist durch den Einspruch Hannovers zur Unmöglichkeit geworden, und wenn sie jemals wieder aufleben könnte, dann wird doch hoffentlich dieses Ministerium nicht mehr an seinen Plätzen sitzen.

Die allgemeine Debatte wird hiermit geschlossen.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen. Graf **Schwerin**: Wer den Unterschied nicht begreift zwischen der Aeußerung des Hrn. Patow, daß im Ministerium die Frage entstanden sei, ob die Rechte der Executive durch das Abgeordnetenhaus nicht etwa verletzt würden, und der Bejahung dieser Frage durch das Ministerium, dem will ich ihn auch nicht begreiflich machen. Dem Abg. v. Blanckenburg erwidere ich, daß der citirte Satz von der Anwendung des Rechtes ohne Beschädigung fremden Rechtes dem römischen Recht entlehnt ist, und wenn er diesen Satz auf den Kopf stellen will, so habe ich nichts dagegen, so wenig als gegen das Gerede der officiösen Presse, da ich ja überhaupt auf meine Reden keinen besonderen Werth lege.

Abg. **Jung**: Der Abg. Gneist hat den Steuerverweigerungsbeschluß der Nationalversammlung einen unreifen, aus einer Verwirrung der juristischen Begriffe hervorgegangenen genannt. Ich hatte die Ehre, Mitglied dieser Versammlung zu sein und wir können es nicht dulden, daß ein Vorwurf gegen diese große und für Preußens Geschichte so denkwürdige Versammlung in's Land gehe, ohne daß er von einem anwesenden Mitgliede derselben zurückgewiesen werde.

Der Herr Abgeordnete hat den großen Unterschied zwischen einer constituirenden und der zweiten Kammer des Landes übersehen. (Unterbrechung.) Der Unterschied ist so groß wie zwischen Schöpfer und Geschöpf. (Unruhe. Widerspruch.) Eine constituirende Versammlung geht hervor aus dem Pactum zwischen Krone und Volk, und sie hat die Aufgabe, den ganzen Organismus des Staates zu reconstruiren, eine Aufgabe, die nicht alterirt, nicht aufgehalten werden kann durch die Auflösung oder Veränderung der Versammlung. Denn wird das Pactum gebrochen von der einen Seite, von der Krone, und wird Gewalt angewendet, so bleibt der Versammlung nichts übrig, als ihr von der Bewegung überkommenes Mandat an die Bewegung zurückzugeben. So motivirt sich ein Steuerverweigerungs-Beschluß nicht aus blos juristischen Gründen, sondern aus der zwingenden historischen Nothwendigkeit. (Bravo links.)

Abg. **Gneist**: Die Worte, die der Hr. Abg. Jung verstanden hat, habe ich nicht gesagt, sondern nur in eben der schonenden Form wiederholt, was ich der Nationalversammlung selbst am Tage vor ihrem Steuerverweigerungs-Beschluß zu sagen die Ehre hatte. Wenn ich die Fehl- und Trugschlüsse, die von jener Seite des Hauses vorgebracht werden, allezeit berichtigen wollte, so würde ich damit mehr Arbeit haben, als mir mein ganzer Beruf sonst auferlegt. Dem Hrn. Abg. v. Blanckenburg muß ich erwidern, daß seine Auffassung vom Recht als dem, was nothwendig ist, gegenüber unserer Auffassung von dem lebendigen Recht, leider in Kreisen sich wiederholt, die höher sind als die seinigen. Abg. v. **Blanckenburg**: Ich und meine Partei deduciren aus unseren Rechtsanschauungen gerade so und mit demselben Rechte wie der Abg. Gneist. Ihnen (zur Linken) wird es mit Ihrem Rechte ebenso gehen, wie dem Shylock mit seinem Schein; wie dieser Schein gegen das Naturrecht war, ebenso ist das Recht, wie Sie es behaupten, gegen das Naturrecht des preußischen Staates. (Große Heiterkeit.)

Ein Antrag auf Vertagung wir abgelehnt, die die Vorlage auf den Wunsch des Präsidenten heute noch erledigt werden soll. Dies geschieht, indem formell in die Specialdiscussion eingetreten wird, die jedoch factisch nicht stattfindet. Vielmehr werden sämmtliche 26 Paragraphen des Vertrages mit Oldenburg und das Schlußprotokoll binnen weniger Minuten ohne Widerspruch **genehmigt**. Diese Annahme des Vertrages hat selbstverständlich nur einen **eventuellen** Charakter.

Schluß 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Fors. d. heutigen Tagesordnung.)

[**Das von dem Abg. v. Benda eingebrachte Amendement**] lautet: „Das Haus wolle beschließen, den für die Eisenbahnen erforderlichen Geldbedarf (1) 1,100,000 Thlr., 2) 2,500,000 Thlr., 3) 300,000 Thl.] aus der Staatskasse, zunächst durch Verwerthung der nach § 6 des Gesetzes vom 30. Mai 1853 aus dem Ertrage der Eisenbahnabgabe für Rechnung des Staates angekauften, bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden niedergelegten Eisenbahn-Stamm-Actien zu entnehmen."

Berlin, 28. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem General-Lieutenant Herwarth von Bittenfeldt, Gouverneur von Magdeburg, den Königlichen Kronen-Orden erster Klasse zu verleihen.

Der Landgerichts-Referendarius Witthoff zu Cöln ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des Königlichen Apellations-Gerichts-Hofes zu Cöln ernannt worden.

[Marine-Ministerium.] Laut eingegangener Meldung des Schiffs-Commandos ist Sr. Majestät Fregatte „Niobe" am 25. d. M. glücklich in Cherbourg angekommen.

Berlin, 28. März. [**Se. Majestät der König**] besichtigten heute in **Potsdam** eine Compagnie der Unterofffizier-Schule und die Stamm-Compagnie des Lehr-Infanterie-Bataillons, und nahmen nach der Rückkehr in Berlin die Vorträge des General-Lieutenants und General-Adjutanten Freiherrn v. Manteuffel, des Minister-Präsidenten, so wie des Wirklichen Geh. Raths v. Olfers entgegen.

[**Se. königl. Hoh. der Kronprinz**] empfing gestern den General Grafen zu Dohna, den Oberst v. Podbielski und den Polizei-Präsidenten v. Bernuth. — Abends wohnte Se. k. Hoh. der Vorstellung im Schauspielhause bei. (St.-Anz.)

[Des Königs Antwort an die Landtags-Präsidien.] Die Spen. Ztg. schreibt: Wie schon bekannt, waren am Geburtstage Sr. Maj. des Königs auch die Präsidenten beider Häuser des Landtages zur Beglückwünschung als Deputation erschienen. Ueber die Antwort, welche Se. Majestät dem Präsidenten Grabow ertheilte, sind wir im Stande Folgendes zu berichten: Se. Majestät dankten für die Gefühle, die der Präsident ausgesprochen, und für die Wünsche des Wohlergehens, äußerte dann, daß das Wohlergehen des Körpers mit dem des Geistes zusammenhänge, daß auf letzteren aber unabläsig und stündlich die Pflichten und Sorgen des Berufes einwirkten. Die Pflichten, die Sr. Majestät der Ihm vom Himmel anvertraute königliche Beruf auferlege, seien schwer. Der Rückblick auf das verlebte Jahr, den der Präsident des Herrenhauses eben gethan, sei jedoch für Se. Majestät erhebend, weil Armee und Volk hinter ihm gestanden habe. Se. Majestät endigte dann mit den Worten: „Diesem Meinem Berufe keine Sorge zu bereiten, ist Ihre Aufgabe!"

[Preußen und der Herzog von Augustenburg.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, schreibt die „Kreuzzeitung": Man könnte allenfalls glauben, daß Preußen mit dem Erbprinzen von **Augustenburg** seiner bisherigen Stellung nach hätte leichter zur Verständigung kommen müssen, als mit dem Großherzoge von **Oldenburg**. Diese Voraussetzung ist jedoch eine irrthümliche. Der Großherzog ist als Souverän sui juris und daher im Stande, ein vertragsmäßiges Abkommen zu treffen, dessen Innehaltung von seiner Seite gesichert erscheint, während jedes Abkommen mit dem Erbprinzen von Augustenburg keine andere Bürgschaft hat, als den Glauben an seine persönliche Neigung, Wort zu halten. Will man nun hierfür auch aus seinem Absehen von der väterlichen Entsagung kein ungünstiges Prognostikon stellen, so liegt doch die Möglichkeit zu nahe, daß er für Versicherungen, die er ohne Ministerium und Stände abgegeben hat, von beiden letztern nach seiner Einsetzung bereitwillig Dispens und Lösung erhalten werde. Außerdem hat der Erbprinz von Augustenburg im Gegensatz zu Oldenburg eine Verständigung mit Preußen niemals ernstlich erstrebt; sein ganzes Entgegenkommen Preußen gegenüber beschränkt sich auf ziemlich unbestimmt gehaltene eigenhändige Briefe an hochstehende Personen außerhalb der amtlichen Kreise; niemals sind seine Geschäftsmänner zu einer Aeußerung oder Betheiligung an irgend einer Verhandlung veranlaßt worden. Die Herren **Francke** und **Sammer** sind den hiesigen amtlichen Kreisen auch von Ansehen unbekannt. Das ganze verschwommene Verhalten des Erbprinzen zu der Frage der Verständigung mit Preußen beschränkt sich auf Privatbriefe wenig präcisen Inhalts, welche allgemeine Aussichten eröffnen ohne vertragsmäßige Formulirung, auf Fernhaltung jeder bestimmten

geschäftlichen Beziehung, — intime Verbindung mit anderen deutschen Regierungen in der Hoffnung, durch deren Druck auf Preußen mehr zu erreichen, als auf dem Wege directer Verhandlung, auf gelegentliche Verwendung bei außerdeutschen Höfen.

Alle diese Thatsachen sind nicht geeignet, bei Preußen das Vertrauen zu erwecken, welches nöthig gewesen, um zur Einsetzung des Erbprinzen mitzuwirken und sich demnächst auf ein Abkommen mit ihm und den Ständen einzulassen. In dieser Lage befanden sich die Beziehungen zwischen Preußen und dem Erbprinzen, als der übereilte Antrag der Mittelstaaten dieselben zu einer entscheidenden Wendung bringen mußte. Die preußische Regierung wurde in die Nothwendigkeit versetzt, zwischen den beiden Fragen, der Einsetzung des Erbprinzen oder der Bestreitung seiner Ansprüche, eine Wahl zu treffen. Unter den einmal vorhandenen Umständen konnte sich die preußische Regierung im eigenen, wie im nationalen Interesse nicht anders, als für die letztere Alternative entscheiden.

[Der mittelstaatliche Antrag.] Die „Zeidl. Corr." schreibt: Ob Oesterreich bei der auf den 6. April angesetzten Abstimmung des Bundestages sich des Votums enthalten wird, mag dahingestellt bleiben. Preußen ist auf die von Wien hierher gelangte Andeutung, daß die beiden deutschen Großmächte als die Objekte der in dem Antrage ausgesprochenen Bitte sich des Eingreifens in die Verhandlungen des Bundestages enthalten möchten, nicht eingegangen, weil es ihm gerade darauf ankommen dürfte, über seine Stellung keinem Zweifel Raum zu geben. Wir müssen hinzufügen, daß der bairische Antrag selber alle Kennzeichen jener diplomatischen Hoffnungslosigkeit, die sich in scheinbar entschlossene Formen kleidet, an sich trägt. Der Antrag enthält in der beliebten Manier der Bundes-Beschlüsse den Vorbehalt einer weiteren Resolution und beschränkt sich im Uebrigen darauf, eine Erwartung zu äußern. Was der Antrag dem Prinzen von Augustenburg zuzuweisen gedenkt, ist keine große Wohlthat: er will den Prinzen zu einem Administrator machen, der bei der Unbestimmtheit seiner Competenz weder selber zum Handeln kommen, noch den Herzogthümern einen geordneten Zustand schaffen würde.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 27. März. [Preußen gegen den mittelstaatlichen Antrag.] Es versteht sich von selbst, daß Preußen gegen den heutigen Antrag beim Bunde eine energische Gegen-Erklärung abgab, worin es theils auf eine früher schon abgegebene Erklärung sich zurückbezog, namentlich aber hervorhob, die Frage der Erbfolge könne nicht durch einfache Majoritäts-Abstimmungen am Bunde erledigt werden, und im gegebenen Falle um so weniger, da die Ansprüche Oldenburgs und Preußens eine eben so ernstliche Erörterung verdienten, wie die Ansprüche des Augustenburgers. — Sonst kamen heute nur Festungs-Dotationen und Verwaltungs-Gegenstände zur Besprechung. (N. Pr. Z.)

Frankfurt a. M., 26. März. [Ein Assisenprozeß.] Unser Kleinstaat, der doch im Grunde nur ein municipium dritter Klasse bildet, geht im Augenblicke ganz in einer cause célèbre, einem Assisenprozesse auf. Es handelt sich um Brandstiftung, Schwindelgeschäft und Bankerott, mit Aussicht auf lebenslängliches Zuchthaus. Angeklagte sind der Pelzwaarenhändler Dümmich, dessen Ehefrau und dessen 19jähriger Sohn. Im vorigen Juni brannte plötzlich vor eingetretener Dämmerung das Pelzmagazin des Dümmich, in einem der großen Höfe aus alter Zeit („zum goldenen Pfau") gelegen, lichterloh und mit großer Gewalt, daß in den anliegenden Magazinen und Vorrathskammern ein Schaden von über 100,000 Gl. angerichtet ward. Die fast gänzliche Luftstille allein bewahrte die Stadt vor einem hamburger Unglücke, zumal das Holz in dem alten Frankfurt eine gar große Rolle spielt und unsre Löschanstalten sehr Vieles zu wünschen übrig lassen. Die Anklage geht nun dahin, daß die Frau Dümmich und ihr Sohn das Feuer vor dem Weggehen angesteckt und daß sie dabei auf Anstiften, Geheiß und unter Zustimmung des abwesenden Mannes und Vaters gehandelt hätten. Dümmich selbst war nämlich in Mainz und soll sich durchaus nicht beeilt haben zurückzukehren, selbst nachdem er das Geschehene erfahren. Indirecte Beweise, die aber selbst wieder das Material zu neuen Anklagen liefern, werden in D.'s Buchführung oder vielmehr Bücherlosigkeit, in seinem Geschäftsmodus, resp. Geschäftsschwindel gesucht und im Sinne der Anklage gefunden. Das Urtheil der Sachverständigen über die Bücher lautet wahrhaft trostlos; die Wechselreiterei wurde in einem Maße betrieben, welches 147 pCt. pro Anno ergiebt! Die Vertheidigung liegt in den Händen der besten Advokaten, namentlich in denen des Restors unserer Rechtsanwalte, des auch in weiteren Kreisen bekannten Dr. Reinganum, eines Jugendfreundes von Ludwig Börne. Die Autorität dieses Mannes wiegt so schwer, daß der Vertheidiger einen höchst bedenklichen Ausfall auf einen der Sachverständigen wagen durfte, ohne daß dieser vom Präsidenten hinreichend geschützt worden wäre, obgleich er zur Constatirung der Wahrheit offiziell herangezogen worden. (Voss. Z.)

△▽ **Hamburg**, 27. März. [Bestrafung des flensburger Kaufmanns Schröder. — Sonstiges.] Aus Flensburg wird in einem zuverlässigen Privatschreiben gemeldet, daß der dortige Kaufmann Schröder wegen Colportirens der früher erwähnten dänenfreundlichen Adresse an den Kaiser Napoleon trotz der von ihm angerufenen Eigenschaft eines königlich niederländischen Consuls wirklich eine mehrtägige Gefängnißhaft antreten mußte, nachdem das gerichtliche Erkenntniß durch den Umstand gemildert worden war, daß der Verurtheilte den früheren flensburger Appellationsgerichtsrath, jetzigen kopenhagener Obergerichts-Advocaten, Etatsrath Juel, als Verfasser und Uebersender der rechtzeitig ermittelten landesfeindlichen Adresse namhaft machte. — Die Witterungsverhältnisse sind andauernd höchst nachtheilig für den Verkehr auf der Niederelbe. In den letzten fünf Tagen haben wir hier abwechselnd mehrere Grad Kälte und heftiges Schneegestöber gehabt, wodurch der hamburgische Schifffahrtsverkehr wiederum in höherem Grade behindert worden ist, während andererseits auch die Verbindung Hamburgs mit dem hannoverschen Elbufer (Harburg) in erhöhtem Grade benachtheiligt wird. Es sind in Folge dessen hunderte und aber hunderte von Familien arbeitslos, und der hamburgische Mildthätigkeitssinn wird in diesem Jahre außerordentlich auf die Probe gestellt. — Als Vertreter des in Altona residirenden Vorstandes der sämmtlichen schleswig-holsteinischen Vereine haben sich am Freitag der Vorsitzende und der Schriftführer des Vereinsvorstandes, die Herren Advocat Jessen und Martin May, nach Berlin begeben, um dort mit Repräsentanten des frankfurter Ausschusses von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen über gemeinschaftliche Maßregeln zu berathschlagen.

Italien.

Turin, 23. März. [Zur September-Convention.] Aus Rom hat man genauere Angaben über die Verhandlungen zwischen der päpstlichen und der französischen Regierung in Betreff der Convention vom 15. Septbr. erhalten, worüber man in den französischen Blättern so widersprechende Erklärungen las. Graf Sartiges machte den Papst wiederholt auf die Nothwendigkeit aufmerksam, für die Errichtung einer bewaffneten Macht zu sorgen, da die französische Regierung ihre Truppen zurückzuziehen gesonnen sei, um die Bestimmungen der Convention zu erfüllen. Der Papst will aber nichts davon hören; man hat zwar Werbungen, aber nur in einem sehr geringen Maßstabe ausgeschrieben, um die bestehenden päpstlichen Truppenkörper zu completiren, nicht aber um sie zu vermehren. Man erwartete in Rom die Ankunft Persigny's, der mit einer diplomatischen Mission beauftragt ist; man meint aber, er werde eben so wenig ausrichten wie Sartiges; später soll der General Montebello neben seiner militärischen Mission auch noch die diplomatische Vertretung Frankreich beim Papste übernehmen.

[Eine merkwürdige kleine Schrift] wurde in Rom unter dem Titel: „Fra Giusto ai Romani" (Bruder Justus an die Römer) verbreitet, welche von einem geistlichen Standpunkt aus zu beweisen sucht, daß die zeitliche Gewalt der Päpste nicht mehr den Zeitbedürfnissen entspreche. Der Glanz und der Einfluß der geistlichen Macht des Papstes werden darin so hochgestellt, daß die Zugabe der weltlichen Macht ganz unnütz, ja sogar schädlich erscheint. (N. Z.)

Turin, 24. März. [Der Sieg der Civilehe im Senate] ist das Ereigniß des Tages, ein Sieg, der mit um so größerer Genugthuung erfüllt, als er einerseits sehr zweifelhaft war und andererseits vollständiger nicht gewünscht werden kann. Die Debatten waren ungewöhnlich heftig, von clericaler Seite wurde mit wahrem Feuereifer gestritten; man hoffte hier um so eher auf die Nichtannahme des Gesetzes, da im Jahre 1852 der alte sardinische Senat gerade in diesem Punkte sich den reactionären Anschauungen willfährig gezeigt hatte. Damals war die Einführung der Civilehe an dem Widerstande des Senates gescheitert. Damit heute dasselbe geschehe, hatte man alles Mögliche aufgeboten; dies beweist am besten folgende Thatsache: Der Bischof von Cremona, Novasconi, hatte bisher seinen Sitz im Senate nicht eingenommen; vorgestern erschien er, wie man sagt, auf ausdrücklichen Befehl von Rom, um gegen die Civilehe zu stimmen. Dagegen hat ein anderer Prälat, der Bischof von Alife, Giacomo, nicht wenig zum Triumphe der liberalen Sache beigetragen. Er hat sich nicht nur für das Princip der Civilehe, sondern auch gegen alle abschwächenden Ausnahmen erklärt, welche von der Minorität in der Gestalt verschiedener Amendements beantragt wurden. Er hat es auch bewirkt, daß die Personen, welche die geistlichen Weihen erhalten haben, nicht für unfähig, eine Ehe abzuschließen, erklärt wurden — ein Punkt, bezüglich dessen bekanntlich in Frankreich das canonische Recht noch gilt.

[In der Deputirtenkammer] hat die Debatte über den Verkauf der Eisenbahnen begonnen. Bei dieser Gelegenheit ist wieder der schon früher berührte Uebelstand zur Sprache gekommen, daß ziemlich viele Mitglieder der Kammer, weil bei den großen industriellen und finanziellen Unterehmungen betheiligt, gewissermaßen in ihrer eigenen Sache Richter sind. Die Linke beschwerte sich, daß das längst in dieser Beziehung versprochene Gesetz noch nicht vorgelegt ist; das Ministerium verhieß abermals dessen alsbaldige Ausarbeitung. Einstweilen muß aber der Eisenbahn-Verkauf zum Abschlusse kommen, und so hat man sich denn damit begnügt, daß diejenigen Mitglieder, welche zugleich in irgend einem Eisenbahn-Verwaltungsrathe sitzen, sich der Abstimmung zu enthalten haben. (K. Z.)

Frankreich.

✱ **Paris**, 26. März. [Frankreich und die Pforte.] Das Ereigniß des heutigen Tages ist die Nachricht von einem Zerwürfnisse zwischen der Pforte und Frankreich, das zur Folge gehabt hat, daß Marquis de Moustier seinen Posten verließ, um in Paris die Meinung seiner Regierung einzuholen. Der Zwiespalt hat seinen Ursprung in der Verschiedenheit der Ansichten bezüglich des Suez-Canals. Der Kaiser nimmt warm Partei für die Ansprüche des Herrn v. Lesseps im Sinne des von Herrn Emil Ollivier ausgearbeiteten Gutachtens. Zuerst hatte man gehofft, der Urtheilsspruch des Kaisers werde auch vom Sultan angenommen werden, und man sah vor Allem der Abberufung des anti-französischen Djemil Pascha entgegen. Diese war bereits zugesagt, wurde jedoch später wieder rückgängig gemacht, was die hiesige Regierung sehr übel vermerkte. Ueberhaupt scheint in Konstantinopel der englische Einfluß wieder das Uebergewicht bekommen zu haben, und Herr de Moustier sieht seine Wirksamkeit in dem Grade gefährdet, daß er es, wie oben bemerkt worden ist, für rathsam hielt, seinen Posten zu verlassen und sich mündlich mit dem Kaiser über die künftig zu beobachtende Haltung der französischen Regierung zu besprechen.

[Aus dem Senat.] Die Orleans haben den Gefangenen von St. Helena nach den Invaliden gebracht und die Napoleoniden sich wohl dabei befunden. Aehnliches hoffen jetzt die Legitimisten von dem vertriebenen zehnten Carl, und in so fern ist die Sache von Interesse. In der heutigen Senatssitzung kam unter den Petitionen eine vor, die verlangt, daß die sterblichen Ueberreste des Königs Carl X. nach Frankreich zurückgebracht werden möchten. Dieselbe wurde vom Marquis de Boissy befürwortet, welcher aber seinen Antrag fallen ließ, nachdem Graf v. Beaumont erwiderte, daß die Regierung schon früher sich zu dieser Uebertragung der Reste des früheren Herrschers Frankreichs bereit erklärt habe, sobald ihr nur ein Antrag in dieser Angelegenheit von den Angehörigen der Familie des verstorbenen Königs zugehe, daß sie aber in dieser Sache nicht die Initiative ergreifen könne.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 29. März. Marquis Lavallette, der ehemalige Botschafter in Rom, und Senator, ist zum Minister des Innern ernannt, der bisherige Minister Boudet zum Senator. (Wolff's T. B.)

Kopenhagen, 28. März, Nachts. Die „Berlingske" meldet: Dem Vernehmen nach haben Bluhme, Tillisch, David, Lütken, Quaade, die Demission eingereicht. Soweit bekannt, hat sie der König noch nicht angenommen. (Wolff's T. B.)

Kopenhagen, 28. März. Es heißt ziemlich zuverlässig, daß alle Minister, ausgenommen der Kriegsminister und Justizminister, ihre Demission eingereicht haben. Es geht das Gerücht, auch Letztere haben besonders die Demission eingereicht. (Wolff's T. B.)

Wien, 28. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die General-Discussion über das Budget für 1865 beendigt. Minister v. Schmerling und v. Plener vertheidigten die Regierung gegen die ihr gemachten Vorwürfe. Ersterer gab Namens der Staatsregierung die folgende Erklärung ab: Die Regierung wie das Haus seien darüber einig, daß thunlichst gespart werden müsse. Nur über die Ziffer bestehe eine Differenz. In dem Votum für eine höhere oder geringere Ziffer könne nicht ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum liegen, indem die Regierung bei der in Oesterreich bestehenden genauen Specificirung des Budgets das Geld nicht anders verwenden könne, als es votirt worden sei. Die Regierung besitze Selbsterkenntniß. Er wolle in gedrängter Kürze erwähnen, wo es wirklich fehle, und wo es die Regierung angeblich fehlen lasse.

In der auswärtigen Politik verlange man von der Regierung Entschiedenheit und feste Haltung, während man andererseits stets erkläre, Oesterreich müsse sich jedes activen Vorgehens enthalten; es sei ein verfallener, kreditloser Staat. Dies sei nicht geeignet, Oesterreichs Stellung im Auslande zu kräftigen. Niemals habe man während des preußischen Verfassungskampfes gehört, daß das preußische Abgeordnetenhaus der Regierung angerathen habe, Preußen möge seine Stellung als Großmacht aufgeben.

Wenn die Regierung auch nicht so sanguinisch sei zu glauben, daß schon der erste ungarische Landtag die Verfassungsfrage lösen und Abgeordnete in den Reichsrath entsenden werde, so werde doch sicherlich bei ruhigem Fortschreiten die Frage endlich gelöst werden. Alle Vorbereitungen zur Einberufung des ungarischen Landtages seien bereits getroffen. Von der Beschleunigung der Arbeiten des Gesammtreichsrathes hänge der Zeitpunkt der Einberufung des ungarischen Landtages ab. Octroyirungen in Ungarn vorzunehmen, falle Niemandem ein. Der Weg der constitutionellen Gesetzgebung sei stets ein langsamer.

Die Vorlagen für den engeren Reichsrath würden dem Hause die Ueberzeugung geben, daß die Regierung für die Fortbildung verfassungsmäßiger Zustände besorgt sei.

Die finanziellen Zustände betreffend, bemerkte der Staatsminister, daß Abstriche allein kein radikales Heilmittel seien. Das Haus möge Mittel zur Abhilfe vorschlagen und nicht fortwährend aussprechen, daß nicht mehr zu helfen sei. Ein verfassungsmäßiges Leben sei nur durch harmonisches Zusammenwirken der Reichsvertretung mit der Regierung möglich. Beide seien nicht gegenüberstehende Parteien, weil beide die Wohlfahrt des Landes, wenngleich mit verschiedenen Mitteln, anstrebten, abgesehen davon, ob in Oesterreich ein streng parlamentarisches Regime möglich und mit Majoritätsministerien zu regieren sei.

In diesem Hause sehe er keine geschlossene Partei mit bestimmtem Programme und keine Männer, welche geeignet seien, die Verwaltung weiterzuführen. Die Regierung halte es daher mit ihrem Gewissen vereinbar trotz einiger gegen sie ausfallender Voten, dem Kaiser noch ferner zu dienen. Der Staatsminister ermahnte endlich die Anhänger der Regierung, eben so fest zusammenzustehen, wie die Opposition und schloß mit der Versicherung, die Devise der Regierung sei: Treue dem Kaiser, Treue der Verfassung, aber auch treue Befolgung der Pflicht.

Die nächste Sitzung ist morgen.

Stuttgart, 28. März. Das Abgeordnetenhaus genehmigte in heutiger Sitzung einstimmig den Zollvereinsvertrag, sprach jedoch gleichzeitig in einem mit 54 gegen 24 Stimmen angenommenen Votum das Bedauern darüber aus, daß die Erneuerung des Zollvereins von der unveränderten Annahme des französisch-preußischen Handelsvertrages abhängig gemacht sei.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 28. März, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war anfangs sehr fest, wurde aber im Laufe des Geschäfts flau. Die 3proz. begann zu 67, 45, stieg bis 67, 60 und wich schließlich wieder auf Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr 89¾ gemeldet. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 45. Ital. 5proz. Rente 64, 85. 3proz. Spanier 43⅝. 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 433, 75. Credit-Mobilier-Aktien 870. Lomb. Eisenbahn-Aktien 545.

London, 28. März, Nachm. 4 Uhr. Nebel. Consols 89¼. 1proz. Spanier 40¾. Sardinier 77. Mexikaner 26¼. 5proz. Russen 88½. Neue Russen 89½. Silber 60⅝. Türk. Consols 53⅝. 6proz. Ver. St.-Anl. pr. 1862 56. Hamburg 3 Monate 13 Mk. 9 Sh. Wien 11 Fl. 42½ Kr.

Wien, 28. März, Nachm. 2 Uhr. Eisenbahn-Aktien bewegt. Schluß-Course: 5proz. Metall. 70, 50. 1854er Loose 87, 50. Bank-Aktien 791. Nordbahn 176. Nat.-Anl. 76, 60. Creditaktien 182, 60. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 190, 40. Galizier 211, —. London 110, 30. Hamburg 82 30. Paris 43, 65. Böhm. Westbahn 159, 50. Credit-Loose 128, 80. 1860er Loose 92, 80. Lombard. Eisenbahn 237, 50. Neues Lotterie-Anl. —, —.

Frankfurt a. M., 28. März, Nachm. 2½ Uhr. Matt. Amerikaner wichen auf londoner Notirungen nach Schluß der Börse bis 56¾. Schluß-Course: Wiener Wechsel 106⅝. Finnl. Anl. 86 B. Neue 4½proz. Finnl. Pfandbriefe 83⅝. 6proz. Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 58¼. Oesterr. Bank-Antheile 850 B. Oesterreich. Credit-Aktien 193. Darmstädter Bank-Aktien 232. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn —. Oesterr. Elisabet-Bahn 1 8¾. Böhm. Westbahn 73. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 148⅝ B. Hess. Ludwigsb. 135¼ B. Darmst. Zettel-Bank 260¾ B. 1854er Loose 77½. 1860er Loose 84⅝. 1864er Loose 94 B. Oesterr. Nat.-Anl. 68½. 5proz. Metall. 62¾. 4½proz. Metall. 56 B.

Hamburg, 28. März, Nachm. 2½ Uhr. Lebhaftes Geschäft in Amerikanern, die bis 52½ bezahlt wurden. Wetter kalt. Heftiger Nordnordwestwind. Schluß-Course: National-Anl. 69. Oesterr. Credit-Aktien 81¼. Vereinsbank 106¼. Norddeutsche Bank 115¼. Rheinische 110. Nordbahn 76½. Finnl. Anl. 83½. 6proz. Verein. Staaten-Anl. pr. 1862 52. Diskonto 2¼. Wien 84, 50. Petersburg 27⅝.

Hamburg, 28. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, aber ruhig. Loco-Lieferung eher höher, lebhaft. April-Mai 5400 Pfd. netto 95 Banco-Thaler Br., 94½ Gd., animirt. Roggen loco fest, ab Königsberg pr. Sept. 60 bez. April-Mai 5100 Pfd. brutto 80 bez., Br. u. Gd., lebhaft. Oel fest, Mai 26, Okt. 25⅝. Kaffee und Zink ruhig.

Liverpool, 28. März, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 2000 Ballen Umsatz. Markt träge. Amerikanische 15, fair Dhollerah 12, middling fair Dhollerah 10, middling Dhollerah 8½, Bengal 6¼, Domra 11½.

✱ **Breslau**, 29. März. Wind: Nord-West. Wetter: starker Schneefall. Thermometer Früh 0 Grad. Zufolge der Witterung waren die Zufuhren belanglos und zeigte sich für Getreide theilweise bessere Kauflust.

Weizen ohne bemerkenswerthe Aenderung, pr. 84 Pfund weiße bruchfreie Waare 61—66 Sgr., wenig erbrochene 52—56 Sgr., erwachsene 48—50 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 58 60 Sgr., wenig erbrochene 50—54 Sgr., erwachsene 42—46 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen höher bezahlt, pr. 84 Pfd. 42—43 Sgr. feinste Sorte bis 44 Sgr. bezahlt. — Gerste wenig Umsatz, pr. 74 Pfd. weiße 36—38 Sgr., helle 33—34 Sgr., gelbe 31—32 Sgr. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 24—27 Sgr.

Erbsen schwacher Umsatz. — Wicken gefragt, 62—70 Sgr. — Oelsaaten fest. — Lupinen nur in trockener Waare beachtet. — Schlesische Bohnen gesucht. — Schlaglein fest. — Rapskuchen beachtet, 50 bis 52 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen, alter	60—64—73	Erbsen	54—58—62
„ „ neuer	60—67	Wicken	62—64—70
Gelber Weizen, alter	58—64—68	Lupinen	45—60—72
„ „ neuer	57—60	Bohnen	70—78—88
Erwachsener Weizen	42—46—52		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	42—43—44	Schlag-Leinsaat	160—180—195
Gerste, neue	31—33—38	Winter-Raps	178—210—226
Hafer, neuer	23—25—27	Winter-Rübsen	175—195—210

Kleesaat schwach zugeführt, — rothe fest, ordinäre $14\frac{5}{6}$—18 Thlr., mittle 19—21 Thlr., feine 23—25½ Thlr., hochfeine 26—27 Thlr. und darüber bez., — weiße ruhig, ordinäre 13—15 Thlr., mittle 16—18 Thlr., feine 19—21 Thlr., hochfeine 22—23 Thlr. pr. Centner.

Thymothee gefragter, 12—14 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 22—26 Sgr., Metze 1—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 12⅙ Thlr., März $12\frac{1}{12}$ Thlr., Frühjahr 12⅙ Thlr., Herbst — Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 12¾ Thlr., März 13 Thlr., Frühjahr $13\frac{1}{12}$ Thlr.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. n Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 28. März 10 U. Ab.	328,23	0,0	NW. 1.	Schnee.
29. März 6 U. Mrg.	326,34	—0,6	NW. 1.	Schnee.

Breslau, 29. März. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 2 Z. U.-P. 2 F. 3 Z. Eisstand.

c. **Technisches.** [Ein Verfahren zur Gewinnung der nahrhaften Bestandtheile aus der Pökelflüssigkeit vermittelst Dialyse] ist von A. Whitelaw in Glasgow erfunden. Die in der Pökelflüssigkeit enthaltenen Nährstoffe gehen meistens ganz verloren, weil sie wegen des hohen Salzgehaltes der Flüssigkeit ungenießbar sind. Die Pökelflüssigkeit wird entweder in einer Reihe von porösen Gefäßen oder in Blasen oder mit Pergament überzogenen Gefäßen in Wasser gehängt, dieses täglich einigemal erneuert und nach 3—4 Tagen die vom Salz befreite Nahrungsflüssigkeit gesammelt und zu Suppen oder nach Eindampfung zu Fleischbiscuits verwendet. Da die dialytische Wirkung auch in salzigem Wasser stattfindet, kann man auch an Bord der Schiffe anfangs Seewasser anwenden, nur zuletzt reines Wasser. Auch kann man mit demselben Verfahren das gepökelte Fleisch entsalzen. Während des Austrittes des Salzes aus der Fleischfaser dehnt sich diese wieder aus, absorbirt wieder die früher ausgeflossene Flüssigkeit und erlangt wieder gleichen Nahrungswerth wie frisches Fleisch. Das Verfahren ist in England patentirt.

Berliner Börse vom 28. März 1865.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4½	102 G.
Staats-Anl. von 1859	5	106⅜ bz.
dito 1850, 52	4	98½ bz.
dito 1853	4	98½ bz.
dito 1854	4½	102⅜ bz.
dito 1855	4½	102⅜ bz.
dito 1856	4½	102⅜ bz.
dito 1857	4½	102⅜ bz.
dito 1858	4½	102⅜ bz.
dito 1864	4½	102½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	91¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	129½ B.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅜ bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	87⅛ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	86⅞ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4	95⅞ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	92 G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	98¾ bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	98¾ bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	97 bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	98¾ G.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	98¾ G.
Rentenbriefe. Sächsiche	4	99⅛ bz.
Rentenbriefe. Schlesische	4	99¼ B.

Louisd'or 111¼ G. Oest Bkn. 91⅞ G.
Goldkronen 9. 9¼ G. Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	64½ G.
dito Nat.-Anl.	5	70⅝ bz.
dito Lott.-A.v. 60	5	85 à 84¾ bz.
dito dito 64	—	53⅞ B.
dito 54er Pr.-A.	4	80 B.
dito Eisenb.-L.	—	78½ B.
Russ.Engl. Anl. 1862	5	88⅛ bz.
dito Holl Anl. 1864	5	89 G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	73½ bz.
Poln-Pfandbr III Em.	4	75¾ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl	4	89½ B.
dito à 300 Fl.	5	92¼ B.
dito à 200 Fl	—	— — —
Kurhess. 40 Thlr.	—	56¾ bz.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	30¼ G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4½	101⅜ bz.
dito II.	4½	101 bz.
dito IV.	4½	100 B.
dito III.v.St.3½g.	3½	84¼ bz.
Cöln-Minden	4½	102¾ bz.
dito II.	5	104¼ G.
dito	4	95 G.
dito III.	4	93¼ G
dito	4½	101⅜ à ½ bz.
dito IV.	4	92¾ G.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	90¾ B.
dito III. Em.	4½	97¾ B.
Galiz. Ludwigsb	5	86⅝ G.
Niederschl.-Märk.	4	96⅝ G.
dito conv.	4	96¾ G.
dito III.	4	94¾ B.
dito IV.	4½	101¾ bz.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	102½ B.
Oberschles. A.	4	96 G.
dito B.	3½	85¼ G.
dito C.	4	95⅜ G.
dito D.	4	95⅜ G.
dito E.	3½	84⅛ B.
dito F.	4½	101½ bz.
Oest.-Franz.	3	260 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	250½ B.
Rhein. v. St. gar.	4½	103 G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	101 B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1863	1864	Zf.	Cours
Aachen-Düsseld.	3½	47/30	3½	101¼ bz.
Aachen-Mastrich	—	—	4	41¼ à 42 bz.
Amsterd Rottd.	6¼	6 19/20	4	117¼ bz.
Berg.-Märkische.	6½	—	4	138 bz.
Berlin-Anhalt.	9¾	—	4	191 bz.
Berlin-Görlitz.	—	—	4	— — —
dito St.-Prior.	—	—	5	98½ bz.
Berlin-Hamburg	7¼	10	4	143 B.
Berl.-Potsd.-Mg.	14	—	4	212½ bz.
Berlin-Stettin	8⅓	—	4	134¼ bz. (i. D)
Böhm.-Westb.	-	—	5	73¼ bz. u. G.
Breslau-Freib.	7½	8⅔	4	143¾ bz.
Cöln-Minden	12 11/12	—	3½	207½ G.
Cosel-Oderberg.	1½	—	4	63 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	88¼ B.
dito dito	—	—	5	93 G.
Galiz.Ludwigsb.	6	—	5	97¼ à 96¼ à ½ bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	9⅕	4	148½ B.
Magd.-Halberst.	22⅔	—	4	228 etw. bz.
Magdb.-Leipzig.	17	—	4	258½ B.
Mainz-Ludwigsh	7	—	4	131½ bz.
Mecklenburger.	2½	3½	4	78½ bz. u. B.
Neisse-Brieger	4⅓	—	4	91⅜ bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	97 G
Niederschl.Zwgb	2⅔	—	4	84 B.
Nordb.,Fr.-Wilh.	3 7/12	—	4	77¾ à 77 à 77½ bz.
Oberschles. A	10½	—	3½	169 à 168½ bz.
dito B.	10½	—	3½	149 G.
dito C.	10½	—	3½	169 à 168½ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	116¼ à ½ à ¼ bz.
Oest. südl. St.-B.	8	—	5	145¼ à ½ à ¼ bz.
Oppeln-Tarn	2½	—	4	80¾ bz.
Rheinische	6	—	4	112 bz.
dito Stamm-Pr.	6	—	4	115 B
Rhein-Nahebahn	—	—	4	30¾ bz.
Rhr.Crf.K.Gldb.	5	6⅔	3½	103½ G.
Stargard-Posen.	4⅚	—	3½	96¾ bz.
Thüringer	7⅗	—	4	134 etw. bz.
Warschau-Wien	—	—	5	69 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1863	1864	Zf.	Cours
Berl. Kassen-V.	6	7 1/10	4	130 G.
Braunschw. B.	—	—	4	84½ bz.
Bremer Bank.	5⅘	7 3/10	4	112¾ G.
Danziger Bank.	6	7½	4	111¼ G.
Darmst. Zettelb.	6	8	4	102 bz.
Geraer Bank	7	8	4	107⅛ B.
Gothaer „	6½	—	4	102 B.
Hannoversche B.	5⅕	—	4	100¼ G.
Hamb. Nordd. B.	6⅜	7⅝	4	114⅞ G.
„ Vereins-B.	6 13/32	7 21/32	4	106 G
Königsberger B.	5⅘	6¾	4	109½ B.
Luxemburger B.	9	-	4	87¾ B.
Magdeburger B.	4½	5 9/10	4	102 G.
Posener Bank.	5 8/15	7	4	101⅜ B.
Preuss. Bank.-A.	7 37/40	—	4½	146 bz.
Thüringer Bank.	4	4	4	77 B
Weimar „	5½	7	4	100⅜ etw. bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	—	4	111¾ B.
Coburg.Credb.A.	7	—	4	100 etw. bz.
Darmstädter „	5½	6	4	92¼ bz.
Dessauer „	—	—	—	3⅛ p. St. G.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	103⅛ bz.
Genfer Credb. A.	1	—	4	40¾ bz.
Leipziger „	4	—	4	86 G. (i D.)
Meininger „	7	—	4	101 bz. u G.
MoldauerLds.-B.	2½	—	4	42 bz. u. G.
Oesterr.Credb.A.	6	—	5	83½ à ¾ à ½ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	—	4	109⅛ G.
Minerva	—	—	5	32¼ bz.
Fbr.v.Eisenbbfd.	8	8½	5	115 bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10T.	143⅞ bz.
dito dito	2 M.	143⅛ bz.
Hamburg 300 Mk	8 T.	152 bz.
dito dito	2 M.	151⅝ bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 22⅞ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	80⅝ bz.
Wien 150 Fl.	8. T.	91⅝ bz.
dito dito	2 M.	90⅞ bz
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 26 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
dito dito	2 M.	99⅓ G
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	89⅝ bz.
dito dito	3 M.	88⅞ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T.	80½ bz.
Bremen 100 Thlr.	8 T.	111 bz.

Berlin, 28. März. **Weizen** loco 45—61 **Thl.** nach Qualität, hochbunter polnischer 59 Thl., bunter poln. 58 Thl., gelber posener 57 Thl., gelber märk. 53¾ Thl., gelber uckermärker 52—53 Thl. ab Bahn bez. — **Roggen** loco 81—83pfd. 36⅝—37 Thl. ab Bahn bez., März 37 Thl. Br., Frühjahr 35⅞—39½ Thl. bez. und Br., ⅜ Thl. Gld., Mai-Juni 36⅛—⅝ Thl. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 37¼—⅝ Thl. bez., ¾ Thl. Br., Juli-Aug. 37⅞—38⅜ Thl. bez., Sept.-Oktbr. 38⅞—39½ Thl. bez — **Gerste,** große und kleine 27—34 Thl. pr. 1750 Pfd. — **Hafer** loco 21½—25 Thl., pomm. 24½ Thl., warthebrucher 23⅜ Thl. ab Bahn bez., Lieferung pr. Frühjahr 22½ Thl. bez., Mai-Juni 23 Thl. bez., Juni-Juli 23¾ Thl. bez., Juli-Aug. 24⅔ Thl. bez. — **Erbsen,** Kochwaare 45—52 Thl., Futterwaare 42—45 Thl. — **Rüböl** loco 12⅙ Thl. Br., März und März-April 12⅛ Thl. Br., April-Mai 12 1/12—⅙—⅛ Thl. bez. und Gld., ⅙ Thl. Br., Mai-Juni 12⅛—¼—5/24 Thl. bez., Br. und Gld., Sept.-Okt. 12 5/24—⅓ Thl. bez. — **Leinöl** loco 12⅔ Thl. Br. — **Spiritus** loco ohne Faß 13⅔ Thl. bez., März und März-April 13⅔—¾ Thl. bez. und Br., ⅔ Thl. Gld.. April-Mai 13⅝—¾ Thl. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 13 19/24—11/12 Thl. bez. und Br., ⅚ Thl. Gld., Juni-Juli 14¼—⅓ Thl. bez. und Br., ¼ Thl. Gld., Juli-Aug. 14 13/24—⅔ Thl. bez., Br. und Gld., Aug.-Septbr. 14¾—⅚ Thl. bez., Sept.-Oktbr. 15 Thl. nom.

Weizen bei festen Preisen reger Umsatz. Roggentermine zogen in Anbetracht der Temperatur-Variationen gleich zu Anfang bei sehr ausgreifender Thätigkeit seitens der Speculation und Commission an. Zu diesen Momenten gesellte sich die Deckungsfrage per Frühjahr, und durch letztere besonders trat eine sehr vermehrte Kauflust an den Markt, die nur zu bedeutend gesteigerten Preisen ihre Befriedigung fand. Diese Festigkeit blieb denn auch bis zum Schlusse vorherrschend. Das Loco-Geschäft ist trotzdem nicht belebt und wenn wir auch von höheren Preisen Notiz nehmen müssen, so vermüssen wir doch eine größere Betheiligung von Seiten exportirender Häuser. Hafer recht gut preishaltend. Termine fest und höher.

Durch Speculationsankäufe in Rüböl erhöhten sich Preise bei recht fester Haltung, namentlich müssen wir dies beim Herbsttermin hervorheben. Für die anderen Termine bestand auch gute Frage, welche Veranlassung war, daß gegenüber der sich zeigenden nur schwachen Verkaufslust Course die notirte Steigerung erfuhren. In Spiritus fand ein recht belebter Umsatz statt und Preise hoben sich in Folge verschiedener Deckungs-Speculationsankäufe bei Zurückhaltung der Verkäufer um reichlich ⅙ Thlr. Gek. 30,000 Ort.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 29. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Messergasse Nr. 20 ein Kopfkissen mit blau und weiß karrirtem Ueberzuge und blau und weiß gestreiftem Inlett, so wie ein alter blau und gelb gemusterter Frauen-Oberrock; einem Leinwand-Fabrikanten fünfzig Ellen braun und weiß karrirte Züchen-Leinwand.

Verloren wurde: ein Gesindedienstbuch, auf Pauline Klose lautend.

Gefunden wurden: ein neues Gesinde-Dienstbuch; eine braune Ledertasche; 5 Sgr.; ein rothseidenes Taschentuch; eine Brieftasche, in welcher sich ein Reisepaß, auf den Hutmachergehilfen Otto Vietzch lautend, ein Brief und zwei Post-Einlieferungsscheine befanden; eine schwarzlederne Cigarrentasche mit Stahlbügel; eine Schnupftabakdose von Horn; zwei silberne Kaffeelöffel: 2 Sgr. 7 Pf. baares Geld; ein Hunde-Halsband von Leder mit Messingkette und dergleichen Platte, auf welch' letzterer der Name F. Aland befindlich.

Angekommen: Lehfeld, Geheimer Rath, aus Glogau. Lentze, königl. Geheimer Ober-Baurath, aus Berlin. Costenoble, Geheimer Rath und Direktor der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, aus Berlin. (Pol.-Bl.)

♁ **Jauer,** 28. März. [Gymnasium. — Klavierinstitut. — Jahrmarkt.] Das Curatorium für das hierorts zu gründende Gymnasium ist in seiner Zusammensetzung von der königl. Regierung bestätigt worden. Es bilden dasselbe die Herren: Bürgermeister Lindemann, Pastor prim. Herrmann, Beigeordneter Stephan, Hütten-Director Promnitz, Vorwerks-Besitzer Weber, Dr. med. Jänisch. Diese Herren haben nun gestern einen Director für das Gymnasium gewählt in der Person des Prorectors Herrn Dr. Volkmann in Pyritz in Pommern, welchem ein bedeutender Ruf als Lehrer und Literat seines Faches, vorausgeht. Zu Michaeli dieses Jahres soll die Anstalt eröffnet werden, und zwar zunächst in dem Lokale des Gebäudes, welches bis jetzt die Bürgerschule inne gehabt. Diese letztere Anstalt hört zu Michaelis auf, als solche zu bestehen. — Am 24. veranstaltete das hier vor 2 Jahren begründete Klavierinstitut des Cantors Fischer eine öffentliche musikalische Aufführung, welche sehr stark, auch von auswärts, besucht war. Die Anstalt darf sich der erreichten Erfolge wohl freuen, und hat seit der kurzen Zeit ihres Bestehens viele Theilnahme gefunden. — Der gestrige erste Tag des Jahrmarkts war namentlich von Landleuten zahlreich besucht; doch dürfte das heut eingetretene Schneewetter störend einwirken. Das zum 17. Mai hier stattfindende Thierschaufest soll mit einer Ausstellung von Erzeugnissen hiesiger Gewerbtreibender verbunden werden.

△ **Reichenbach,** 27. März. [Verschiedenes.] Bei Gelegenheit des Stiftungsfestes des Museum-Vereins brachte die Poltmann'sche Kapelle eine größere Composition unseres Mitbürgers, des Herrn Lehrer Herm. Frost zu Gehör. Es ist dies „ein Sommerabend im Gebirge", Tongemälde in 6 Bildern. Die Composition, welche in Berlin wiederholt mit großem Beifall aufgeführt worden ist, wird demnächst auch von einer der bedeutendsten Musikkapellen in Breslau zu Gehör gebracht werden, und dem Componisten hoffentlich einen wohlverdienten Erfolg bereiten. — In unserem Kreise stehen in nächster Zeit mehrere Kirchenbauten in Aussicht. Der Bau einer neuen evangelischen Kirche in Hennersdorf soll noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden. Der Bahnhof in Jacobsdorf wird mit Beginn des Frühjahres erweitert werden. Man scheint dabei auf die Möglichkeit der Ausführung einer Zweigbahn nach Tannhausen zu rücksichtigen. — Gestern fand in Ernsdorf wieder eine Weberversammlung statt. Wie wir hören, soll die Strohflechterei auch in die Weberdistricte der Grafschaft Glaz übertragen werden. — In einer andern dort erscheinenden Zeitung ist bei Gelegenheit einer Besprechung über die beuthener Gymnasienfrage auch unserer Realschulverhältnisse gedacht. Es ist darin erwähnt, daß hier von 7000 Einwohnern 3000 katholisch und 4000 protestantisch seien, und daß Herr Provinzial-Schulrath Dr. Scheibert den Vorsitz in einer Versammlung geführt, und den protestantischen Charakter der neu zu begründenden Schule betont habe. Diese Darstellung enthält wesentliche Unrichtigkeiten. Nach der neuesten Volkszählung leben hier 3936 Protestanten, 2121 Katholiken. Zur Dotirung der Realschule wird eine zu protestantischen Schulzwecken fundirte Stiftung, die jährlich 700 bis 800 Thlr. abwirft, verwendet. Der ursprüngliche Plan des Gründungs-Comite's bestand darin, eine Simultanschule zu errichten, da indeß später im Interesse der Sache die Staatsregierung ersucht werden mußte, das Patronat der Schule zu übernehmen, hat allerdings der königl. Regierungs-Commissarius Hr. Consistorialrath Dr. Schneider (nicht Scheibert) bemerkt, daß dann die Anstalt eine protestantische werden müsse. — Es ist sehr bedauerlich, daß auch bei solchen allgemein wichtigen Zwecken confessionelle Bedenken störend wirken, wie dies sich auch hier bei der Einzahlung der gezeichneten Actienbeträge gezeigt hat.

—r. **Namslau,** 27. März. [Festfeier. — Luftspiegelung. — Feuer.] Am 26. d. M. beging der evangelische Männer- und Jünglings Verein das Fest seines einjährigen Bestehens. Zu diesem Zwecke fand Abends 6 Uhr in der evangelischen Kirche ein feierlicher Gottesdienst statt, und nach demselben vereinigten sich die Mitglieder in dem Vereinslocale zu einem heiteren und gemüthlichen Abendbrodte. — Gestern Abend 7½ Uhr wurde am östlichen Himmel ein röthlicher ganz schmaler und senkrecht stehender Streif wahrgenommen, der wie der Schweif eines Kometen aussah und anfänglich umsomehr für einen Kometen mit zwei Schweifen!, der eine auf- der andere abwärts, jedoch in ganz senkrechter Richtung stehend, gehalten wurde, als in der Mitte des Streifens ein heller Punkt, gleich dem Kerne eines Kometen von der Größe des Abendsternes leuchtete. Der Streifen war kaum breiter, als der Kern selbst und faßte diesen von beiden Seiten ein. Nach einigen Minuten erhellte sich unter dem abwärts stehenden Schweife und an diesen anstoßend ein von Südost nach Nordwest gehender, scharf abgegrenzter Wolkenstreif von gleichmäßig fortlaufender Breite glänzend roth und mehrere Minuten später ein zweiter ganz ähnlicher Wolkenstreif über dem oberen Schweifende. Die prächtige Erscheinung erhielt dadurch die Form eines schiefliegenden lateinischen H (⩳), nur waren die beiden mit einander parallel laufenden Querstreifen wenigstens 15mal so breit, als der sie verbindende senkrechte Strahl. Die ganze Erscheinung, die hunderte von Menschen mit fast ängstlicher Spannung bewunderten und die den Astronomen reichlichen Stoff zu Forschungen geboten hätte, dauerte unverändert über eine halbe Stunde und war durch eine, in senkrechter Richtung unter dem schmalen Streif ausgebrochene große Feuersbrunst entstanden. Auf dem Lande, wo der Aberglaube noch da und dort einheimisch ist, wird diese Luftspiegelung, die einen wahrhaft herrlichen Anblick gewährte, natürlich als eine Zuchtruthe des Himmels, als ein böses Zeichen, oder als ein feuriges, Krieg bedeutendes Schwert angesehen worden sein. Das Feuer selbst war in dem von hier über 2 Meilen entfernt liegenden Dorfe Hennersdorf, hiesigen Kreises, ausgebrochen und soll das Dominium und ein Paar Bauernhöfe eingeäschert haben.

= **Kosel,** 28. März. Heute fällt bei uns den ganzen Vormittag hindurch der Schnee in großen Flocken und wir sehen einem abermaligen Winter entgegen. Das Eis auf der Oder oberhalb unserer Stadt steht immer noch fest.

c. **Von der österreichischen Grenze,** 27. März. [Verschiedenes.] Von Seiten der königl. Regierung ist jetzt der Ortschaft Hoschialkowitz eine Summe von 2000 Thlrn. für Vieh gezahlt worden, welches der Rinderpest halber getödtet werden mußte. Für diese Entschädigungen besteht ein Kreisversicherungsverband; in Oesterreich, wo die Versicherung nicht besteht, hat sich die Pest zum großen Theil deshalb so lange gehalten, weil man, da Entschädigungen nicht gezahlt wurden, alles Vieh sterben ließ. Jetzt wird in Oesterreich das preußische Institut der Versicherung nachgeahmt werden. In der Gegend ist großer Mangel an Thierärzten; aus Mangel an Belehrung seitens derselben war daher auch das vage Gerücht aufgetaucht, die Krankheit wäre nur Ruhr gewesen. — Seit heut haben wir wieder Thauwetter, man hofft im Interesse des Ackerbaues, daß dasselbe endlich durchgreifend sein möchte. — Auch unter der Bevölkerung unseres Landstriches suchen Agenten Leute zum Auswandern nach Polen zu verleiten. Obwohl schließlich ein fleißiger Mensch überall sein Fortkommen findet, so liegen doch trübe Erfahrungen genug vor, um mit Recht vor leichtsinniger Uebersiedelung warnen zu können.

Vorträge und Vereine.

◻ **Breslau,** 26. März. [Gesundheitspflege-Verein.] Die heute Nachmittag stattgefundene Generalversammlung wurde von dem Vorsitzenden, Prediger Hofferichter, mit einigen vorläufigen Mittheilungen über Lage und Aussichten des Vereins eröffnet. Das letzt abgelaufene Jahr kann ein günstiges genannt werden, da die Zahl der Krankheitsfälle, die in ihm zur Behandlung der Vereinsärzte gekommen sind, 900 weniger betrug als im vorigen Vereinsjahre. Auch sei es dem Verein hierdurch möglich geworden, seinen Vermögensbestand wieder auf ca. 650 Thlr. zu erhöhen. Solche Ersparnisse seien aber um so nothwendiger, als die Kasse durch das Aufhören der Rabattgewährung seitens der Apotheker mit um so größeren Rechnungen für Arznei belastet werde. — Es folgte der Krankenbericht des Vereinsarztes Dr. Asch. Zur Behandlung gekommen sind im v. J. laut gedrucktem Berichte 5059 Krankheitsfälle unter den durchschnittlich 5800 Mitgliedern des Vereins, davon sind mit Genesung 4787, mit Erleichterung 42 verlaufen, 23 in andere Behandlung übergegangen, 119 (also 2,29 %) mit Tod beendet, und 88 in Bestand geblieben; die Medizinkosten haben im Ganzen 1910 Thl., auf den Krankenfall also durchschn. 11⅓ Sgr. betragen. Die Aufhebung des von den Apothekern bisher genossenen Rabatts belastet den Verein, wie alle solche Anstalten, schwer, wenn sie auch nicht dessen Bestand gefährden, wie dies bei einigen ähnlichen Anstalten am Rheine geschehe, die statt früherer Ersparnisse, nun Schulden haben. Alle bisherigen Schritte gegen die betreffende Ministerialverordnung seien fruchtlos gewesen, und es sei fraglich, ob die von den gleichfalls in ihrer Armenkrankenpflege betroffenen Communalbehörden mit ihrer desfallsigen Petition glücklicher sein würden? Der Verein muß sich also auch hier selbst helfen, so gut er kann, und zwar durch größte Sparsamkeit mit Medicamenten und deren Ersetzung durch, wo irgend möglich, selbst beschaffte Hausmittel, durch pünktliche Einlieferung der Arznei-Gläser 2c. Außerdem werden die Rechnungen der Apotheken von nun an jährlich bezahlt. Dr. Pinoff fügte hinzu, daß ungünstige Gesundheitsverhältnisse auch diesen Verein auf die Länge mit Schuldenlast bedrohen, da eine Rücknahme der Ministerialverordnung nicht zu erwarten sei. Er wiederholte einen bereits früher eingebrachten Vorschlag, die Apotheker statt zu Gewährung des Rabatts zur Zahlung von freiwilligen Beiträgen zu veranlassen, und in jedem Bezirk nur 1 Apotheke zu Lieferung der Vereinsarzneien zu benutzen. Auch er ermahnte die Mitglieder zur Sparsamkeit mit Arzeneien und zur Anwendung von Hausmitteln. Nachdem Dr. Asch hierauf entgegnet, daß eine Heranziehung der Apotheken zu Mitgliedsbeiträgen als Gesetzesumgehung betrachtet werde, und daß eine Beschränkung der Mitglieder auf bestimmte einzelne Apotheken, namentlich in den Vorstädten, nicht durchführbar sein werde, daß aber einer größeren Sparsamkeit der Aerzte in Verordnung von Arzeneien das Vorurtheil vieler Mitglieder entgegenstehe, die durchaus etwas „verschrieben" haben wollen, wünschte ein Mitglied „Veröffentlichung einer desfallsigen Belehrung durch den Druck", es sprach der Vorsitzende die Hoffnung aus, den Gegenstand in einer späteren zahlreicheren Versammlung nochmals zur Sprache gebracht zu sehen. 3) stand auf der Tagesordnung der statistische und Kassenbericht des Rendanten Luschner, der durch plötzliche Krankheit am Erscheinen verhindert war. Die Mitgliederzahl betrug dem vorliegenden Berichte zufolge am Ende 1863: 1380 Familien mit 5648 Angehörigen, der Zugang 135 Personen mit 500 Angehörigen; Abgang 137 Familien mit 561 Gliedern, also Bestand am letzten Dezember 1864: 1378 Personen mit 5587 Angehörigen. Der Kassenbericht zeigt als Bestand am Schlusse v. J. 322 Thlr. 16 Sgr. 6 Pf.; Einnahme 4206 Thlr. 23 Sgr. 11 Pf., Ausgabe 3879 Thlr. 17 Sgr. 5 Pf., so daß am 1. Januar d. J. sich 649 Thlr. 22 Sgr. Bestand erwiesen, gegen vor. Jahr mithin mehr: 327 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf. Die Einnahme der bei dem Verein bestehenden Kranken-Unterstützungskasse betrug am 1. Januar 1864 incl. Bestand: 181 Thlr. 21 Sgr. 7 Pf.; Ausgabe 36 Thlr. 22 Sgr.; mithin blieben im Bestand für dies Jahr 144 Thlr. 20 Sgr. 2 Pf. Beschlossen wurde, die 650 Thlr. Bestand der Vereinskasse in Zukunft statt bei der städt. Sparkasse bei dem Vorschußverein anzulegen, der außer einem höheren Prozentsatz auch noch andere Vortheile bietet, und dessen Solidität sich stets mehr und mehr Anerkennung erworben hat. Hierauf wurde zur Neuwahl der Kassenrevisionscommission geschritten, und dann noch die Mittel besprochen, die den bisher meist nur spärlichen Besuch der General-versammlung heben könnten. Es wurde die Abhaltung „diätetischer Vorträge", die Verlegung der General-Versammlung auf einen Wochenabend vorgeschlagen, deren Erwägung dem Verwaltungsrath übertragen, und dann die Sitzung mit der üblichen Sammlung für die Unterstützungskasse geschlossen.

× **Breslau,** 28. März. [Die Generalversammlung der Vorstände für die vereinigten 6 Kleinkinder-Bewahranstalten], welche am 27. März im oberen Börsensaale abgehalten wurde, begann mit der Rechnunglegung pro 1864 durch den Vorsitzenden des Vereins, Hrn. Stadtrath Rahner. Hiernach beträgt die Einnahme 1602 Thl. 10 Sgr. 5 Pf., die Ausgabe 1537 Thl. 27 Sgr. 4 Pf., mithin der Baarbestand 64 Thl. 13 Sgr. 1 Pf., welcher mit dem Vermögens-Bestande der Anstalten zusammen 15,014 Thl. 13 Sgr. 1 Pf. beträgt. Das Vermögen hat somit einen Zuwachs um 458 Thl. 28 Sgr. 11 Pf. erfahren. — Zur Bildung des engeren Vorstandes der Anstalt Nr. 7 haben sich zum Eintritt erboten die Frauen Ober-Staatsanwalt Fuchs, Medizinal-Rath Römer, Hauptlehrer Pflüger und die Herren Diaconus Zachler, Fabriken-Commiss. Hofmann und Hauptlehrer Pflüger. Die Zahl der Zöglinge aller Anstalten betrug Ende 1864 565. Der Besuch war befriedigend, das Betragen durchaus gut. Letzteres bezeichnete der Vorstand als Folge der Mühen seitens der Lehrerinnen, denen auch der Hr. Revisor durchweg Anerkennung zollte. daher wurde auch diesmal jeder Lehrerin eine Remuneration von 12 Thl. aus der Kasse bewilligt.

◻ **Breslau,** 28. März. [Handwerker-Verein.] Dr. Stein, dessen cultur-historischer Vortrag dem Vierteljahrs-Programme nach gestern auf der Tagesordnung stand, war leider noch durch die erlittene Krankheit an dessen Abhaltung verhindert, und hatte der Vorstand für Vertretung sorgen müssen. (Dr. Stein hat sich den Vortrag für später vorbehalten.) In Folge dessen hielt ein junger Techniker, Mechanikus O. Pangritz, einen Vortrag über Telegraphie. Es stand ihm eine große Anzahl Apparate zur Verfügung, deren Gebrauch sowie Zeichen er mittheilte. — Nach dem Vortrag fand wieder eine kurze Fragebeantwortung statt, wo einige über medizinische Gegenstände, über den geselligen Abend (Sonnabend den 1. April) erledigt, indeß andere für einen späteren Abend zurückgelegt wurden.

◻ **Breslau,** 28. März. [Aus der christkatholischen Gemeinde] theilen wir mit, daß nächsten Sonntag, 2. April, Prediger Th. Hofferichter den Vortrag hält und dann Gemeindeversammlung stattfindet. In der Gemeinde hatte es Verwunderung erregt, daß in den Listen, welche die Kammerberichte über die Petitionen freier Gemeinden wegen der Corporations- oder juristischen Rechte 2c. brachten, sich keine Petition der hiesigen Gemeinde befand, obwohl eine solche im Herbst vorigen Jahres in Umlauf gesetzt und auch unterschrieben worden war; sie muß also in dem Spalt verschwunden sein, der sich zu jener Zeit zwischen den beiden Theilen öffnete. Vorstand und Aelteste haben, wie wenig Erfolg auch nach den gemachten Erfahrungen und bei ihrer Verspätung jetzt noch zu hoffen sei, dennoch die nachträgliche Einreichung einer solchen beschlossen und sie bereits zu den Händen des breslauer Abgeordneten Kaufmann Laßwitz eingereicht. Sie wollten wenigstens ihrerseits nichts unterlassen, wodurch die Rechte der Gemeinde gefördert oder doch vertreten werden können. — Die Jugendweihe (Confirmation) wird am ersten Osterfeiertag durch Hrn. Hofferichter vollzogen werden.

=ch.= **Oppeln,** 26. März. [Philomathie.] In der gestrigen zahlreich besuchten Versammlung der Philomathie handelte es sich zuvörderst um die Wahl des Sekretärs in Stelle des mit diesem Amte seither betrauten und jetzt ausscheidenden Herrn Staatsanwalt Giehlow. Nach vorhergängiger Verständigung darüber, daß diese Wahl nicht durch den Vorstand allein, sondern durch die sämmtlichen Mitglieder der Gesellschaft vorzunehmen sei, fiel dieselbe auf den bereits dem Vorstande angehörigen Regierungs-Rath Herrn v. Ernst, in dessen Stelle im Vorstande Herr Regierungs- und Consistorialrath Baron gewählt wurde. Den demnächstigen Vortrag hatte Herr Regierungs- und Medicinalrath Dr. Eitner übernommen und sich dazu das Thema: „Der Wald und sein Einfluß auf die Vegetation, Klima und Gesundheit" ausersehen. — Wir gedenken außerdem des in der vorhergehenden Versammlung von Herrn Dr. Ritter gehaltenden auregenden und wissenschaftlichen Vortrages über den Einfluß der Erziehung auf die Entstehung von Seelenstörungen."

≅ **Glaz,** 25. März. Gestern Abend wurde eine General-Versammlung des hiesigen Vorschuß-Vereins unter Vorsitz des Hrn. Oberlehrers Dr. Wittiber abgehalten. Der Geschäftsumsatz war am Schlusse des Jahres 1864 (bei 746 Mitgliedern) 196,630 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf. Das eigene Guthaben der Mitglieder 10,509 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Fremde Darleben beliefen sich auf 41,770 Thlr. 13 Sgr. Die Einnahme auf 4210 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf. Die Ausgaben auf 2186 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. Nachdem die Tantieme für den Rendanten, die Remuneration für den Sekretär festgestellt und die Höhe des Werthes für den anzuschaffenden eisernen Geldschranken bestimmt war, wurde die Dividende auf 20 pCt. festgesetzt und der nicht unbedeutende Ueberschuß von nahe an 500 Thlr. dem Reservefonds überwiesen, wodurch derselbe jetzt eine Höhe von über 1000 Thlr. erreicht hat. Da in diesem Jahre bereits weit über 100 Mitglieder beigetreten sind, so hat die Mitgliederzahl des Vereins bereits die Zahl von 900 überstiegen.

Schützen- und Turn-Zeitung.

pp. **Breslau,** 28. März. [Kreisturntag.] Montag den 17. und Dinstag den 18. April findet hier eine Berathung von Deputirten der Gauvereine des zweiten deutschen Turnkreises (Schlesien und Süd-Posen) statt. Hauptgegenstand der Debatte wird das schlesische Provinzial-Turnfest, welches in den ersten Tagen der mit dem 16. Juli beginnenden Woche stattfinden soll, sein. Die Berathung wird Montag den 17. Abends im städtischen Turnsaal am Berlinerplatz durch Ausführung der für das Fest vorgeschlagenen Freiübungen und des Reigens vom hiesigen Turnverein eingeleitet. Den Schluß des Abends bildet eine gemüthliche Versammlung in einem noch zu bestimmenden Lokale. Dinstag am 18. April versammeln sich die Deputirten Früh 8½ Uhr in der Aula des Elisabet-Gymnasiums. Daselbst wird festgestellt: 1) Zeit und Dauer des Festes, 2) Bedingungen für die Theilnahme am Feste, 3) Entwurf der Festordnung für die rein turnerische Thätigkeit. Vorgeschlagen wird: A. a. Aufmarsch, b. Freiübungen und Reigen, c. Riegenturnen an Geräthen, d. Kürturnen am Pferd, Barren u. Reck; B. a. Turnen einzelner Vereine, b. Riegen-Wettturnen, c. Springen u. Wettrennen, d. Spielen in versch. Gruppen, e. Fackelreigen, je nach der Anzahl der Festtage alle 3 Uebungen (abc) oder nur eine. 4) Wahl eines Kreisturnausschusses zur Leitung des Festes. 5) Bestimmungen über die Reihenfolge der Vereine im Festzuge. Für diejenigen Abgeordneten, welche Turnlehrer oder Turnwarte in ihren Vereinen sind, oder sich sonst dafür interessiren, wird mitgetheilt, daß sich am Nachmittage des Kreisturntages im Elisabetan, Nachmittag 3 Uhr, Besprechungen über Turnunterrichtsgegenstände anschließen werden. Ein Vortrag über das Mädchenturnen ist angemeldet. Von 6—8 Uhr Abends wird in dem städtischen Turnsaale am Berliner Platze ein Mädchenschauturnen veranstaltet. Nachher findet gemeinsames Abendbrodt statt.

△ **Leobschütz,** 27. März. [Turnverein.] Der durch seine immer mehr zusammenschmelzende Mitgliederzahl der Auflösung nahegebrachte hiesige Turnverein hat sich in seiner letzten General-Versammlung, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelte, eines Besseren besonnen und ist entschlossen, auszuharren und im Sommersemester die Turnübungen fortzusetzen. Er hat eine um so größere Verpflichtung hierzu, als ihm die Leitung einer Anzahl Zöglinge, die im Winter in den Verein aufgenommen wurden, obliegt. Der Wiedereröffnung des Sommerturnens soll eine kleine Festlichkeit vorangehen. Für das Jahn-Denkmal ist seitens des Vereins bereits eine Gabe abgesandt worden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.